

OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 5/6 - 2019



Special Südosteuropa: Der Westbalkan setzt auf Digitalisierung

15 Jahre EU-Erweiterung
**Eine wirtschaftliche
Erfolgsgeschichte**

Zentralasien
**Premiere in
Nur-Sultan**

Mittelosteuropa
**Polnisches
Wirtschaftswunder**

Dürfen wir vorstellen: Der OWC Kiosk Alle Ausgaben überall & jederzeit Digital, schnell, bequem Die Neue App für Apple und Android

OWC
Außenwirtschaft

OWC Kiosk
Kostenloser
Download
für Apple IOS:



für Android:



www.owc.de

Liebe Leserinnen und Leser,

die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Südosteuropa entwickelten sich 2018 erneut sehr dynamisch. Kräftige Zuwächse gab es insbesondere bei den deutschen Exporten nach Serbien, Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien. Mit der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland und zahlreichen Reformen hat Nordmazedonien zuletzt einen sehr erfolgreichen Kurs eingeschlagen, auch wenn die Politik noch einige Hausaufgaben machen muss, **wie Marjan Nikolov, Präsident des Center for Economic Analyses (CEA) in Skopje, meint (S. 13)**. Der bevorstehende Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien wird sich hoffentlich auch positiv auf die Reformanstrengungen in den anderen Ländern der Region auswirken.

Auch die Wirtschaftsbeziehungen zu den übrigen Ländern des Westlichen Balkans, denen der OAOEV große Aufmerksamkeit widmet, entwickeln sich gut. Dabei steht insbesondere die Förderung der regionalen Zusammenarbeit im Vordergrund. Im April fand in Belgrad bereits der **zweite Digital Summit** nach dem Gipfel in Skopje 2018 statt, bei dem sich der OAOEV wieder inhaltlich einbrachte (S. 10). Im März **besuchte eine OAOEV-Unternehmerdelegation Montenegro** und konnte sich unter anderem im direkten Gespräch mit Premier Dusko Markovic ein Bild von den wirtschaftlichen Fortschritten machen (S. 11). Die Beitrittsverhandlungen Montenegros zur EU laufen bereits auf Hochtouren. **Das Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans geht derzeit bereits in sein 16. Jahr**. Auch 2019 haben sich wieder über 1.200 junge Nachwuchskräfte für einen der begehrten Praktikumsplätze beworben, die von rund 100 Partnerunternehmen zur Verfügung gestellt werden (S. 16).

Anderswo in Südosteuropa tut sich ebenfalls einiges. Im April war **OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms Mitglied der Wirtschaftsdelegation, die Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Besuch in Bulgarien begleitete** (S. 12). In **Slowenien**, das die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in den vergangenen Jahren weiter verbessert hat, **spielen deutsche Unternehmen eine tragende Rolle** (S. 14). Anfang Juni war das kleine Land zwischen Alpen und Adria Gastgeber des **vierten Gipfeltreffens der Drei-Meere-Initiative** und des begleitenden Wirtschaftsforums (S. 15).

Außerdem werfen wir in dieser Ausgabe einen Blick zurück auf das **15-jährige Jubiläum der EU-Osterweiterung**, die für die Beitrittsländer, aber auch für Deutschland eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte wurde (S. 6f). Wir berichten über die **26. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs** in der kasachischen Hauptstadt, die neuerdings Nur-Sultan heißt (S. 8), über die **Startup-Woche in Düsseldorf**, bei der sich osteuropäische Startups präsentieren konnten (S. 17), und über das **1. Deutsch-Polnische Wirtschaftsforum in Berlin** im März mit den Ministern Peter Altmaier und Jadwiga Emilewicz (S. 18f). Darüber hinaus informieren wir Sie über die jüngsten **Aktivitäten des Arbeitskreises Russland** (S. 20) und über aktuelle **Entwicklungen im ukrainischen Agrarsektor** (S. 22).

Wir wünschen Ihnen auch dieses Mal eine gewinnbringende Lektüre!

Ihre Redaktion

Special

Südosteuropa

Editorial	9
Der Westbalkan setzt auf Digitalisierung	10
Montenegro strebt in die EU	11
Mit Steinmeier in Bulgarien	12
Interview: „Günstiges Umfeld für grenzüberschreitende Geschäfte“	13
Slowenien: Geheimitipp für deutsche Investoren	14
Drei-Meere-Initiative: „Für ein starkes und inklusives Europa“	15
Stipendienprogramm: Karrierechancen und neue Impulse	16



Foto: WBDS

Editorial/Inhalt	3
Mitglieder-News	4
Länder-News	5
EU-Osterweiterung: Eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte	6
Zentralasien: Premiere in Nur-Sultan	8
Veranstaltung: NRW meets Eastern Europe	17
Mittelosteuropa: Polnisches Wirtschaftswunder	18
Russland: Diskussion über Cybersicherheit	20
Porträt: Anke Zimdars	21
AG Agrarwirtschaft: Die Ukraine im Superwahljahr 2019	22
OAOEV in Kürze	23
Vorstellung neuer Mitglieder	24
Termine/Kooperationen	25
Publikationen	26

Titelfoto: Belgrad

Quelle: pixabay

MITGLIEDERNEWS

Robert Bosch GmbH

Der Automobilkonzern Bosch investiert weitere 30 Millionen Euro in die **Modernisierung seines Werks im ostungarischen Hatvan**, wo Komponenten für die Automatisierung von Autos hergestellt werden. Die ungarische Regierung wird 1,2 Milliarden Forint (rund 3,8 Millionen Euro) für das Projekt zur Verfügung stellen, das voraussichtlich Ende 2020 abgeschlossen sein wird. Die Fahrzeugelektroniksparte der Unternehmensgruppe beschäftigt in Ungarn mittlerweile 5.100 Mitarbeiter.

Fraport AG

Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport AG hat im März **am Flughafen Ljubljana in Slowenien ein neues Schulungszentrum eröffnet**. Damit erweitert der Airport-Konzern seine weltweiten Ausbildungskapazitäten in den Bereichen Brandbekämpfung, Notfalldienste, Krisenmanagement und Bodenabfertigung. Das Investitionsvolumen für das neue Schulungszentrum der im Jahr 2016 gegründeten Fraport Aviation Academy liegt bei sechs Millionen Euro.



Fraport bildet jetzt auch in Slowenien aus.

Innogy SE

Die polnische Innogy-Tochter Innogy Polska hat im April **in Polen ein eCarsharing-Angebot gestartet**. Binnen weniger Wochen sollen die Bürger in Warschau 500 elektrisch betriebene BMW i3-Fahrzeuge nutzen können. Innogy Polska betreibt in der polnischen Hauptstadt bereits 30 Ladepunkte für Elektroautos. Anfang April kamen 30 weitere Schnellladestationen dazu.

BASF SE

Die BASF-Tochter Wintershall und die DEA AG sind Anfang Mai **zu einem der führen-**

den unabhängigen Gas- und Ölunternehmen Europas verschmolzen. Nach Zustimmung aller relevanten Behörden besiegelten die Anteilseigner BASF und die russische LetterOne Anfang Mai den Zusammenschluss, der im September 2018 vereinbart worden war. Wintershall und DEA haben bereits über Jahrzehnte eng zusammengearbeitet. Die neue Gesellschaft produziert Erdgas und Erdöl in Europa, Russland, Lateinamerika sowie im Mittleren Osten und Nordafrika. Zusammen mit seinen Partnern betreibt Wintershall Dea ein rund 2.400 Kilometer langes Erdgas-Fernleitungsnetz in Deutschland. Das Unternehmen ist zudem ein Anteilseigner der Nord Stream AG und an der Finanzierung von Nord Stream 2 beteiligt. Die Integration von Wintershall und DEA soll in etwa einem Jahr abgeschlossen sein. BASF und LetterOne beabsichtigen, Wintershall Dea in der zweiten Jahreshälfte 2020 an die Börse zu bringen. Das Unternehmen firmiert zunächst als GmbH mit zwei Hauptverwaltungsstandorten in Kassel und Hamburg.

Schattdecor AG

Die russische Tochtergesellschaft des deutschen Unternehmens Schattdecor **erweitert und modernisiert ihre Produktion** von imprägnierten Dekorpapieren für die Holzwerkstoff- und Möbelbranche **in Tschechow bei Moskau**. Die Inbetriebnahme der Produktionsanlagen erfolgt sukzessive im laufenden Jahr. Im Gegenzug wird der Produktionsstandort in Schatura bis Ende des Jahres schrittweise geschlossen.

Siemens AG

Das deutsch-russische Joint Venture Ural Locomotives, an dem Siemens und die russische Sinara Group beteiligt sind, haben im März mit der russischen Eisenbahngesellschaft RZD einen **Vertrag über den Bau von Doppeldecker-Elektrozügen für den Personenverkehr** unterschrieben. RZD und Ural Locomotives prüfen zudem die Möglichkeit, Elektrozüge für den Betrieb im russischen Eisenbahnnetz herzustellen. Der Lokalisierungsgrad soll bei mindestens 80 Prozent liegen.

Falls Sie Ihre Meldungen auch gerne in den OEI veröffentlichen möchten, senden Sie uns eine Mail an:

C.Himmighoffen@bdi.eu



Zetsche, Putin und Altmaier (v.li.) bei der Eröffnung des Mercedes-Werks bei Moskau.

Daimler AG

Die Daimler-Tochter Mercedes-Benz Cars hat Anfang April ihr erstes Pkw-Werk in Russland eröffnet. An der Eröffnung nahmen der russische Präsident Wladimir Putin, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow und der Daimler-Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche teil. „Das Mercedes-Benz Werk Moscovia ist ein weiterer Baustein unserer Strategie, dort zu produzieren, wo unsere Kunden sind,“ sagte Zetsche. Dort werden Modelle für den lokalen Markt produziert. Der Autobauer startet die Produktion mit dem Anlauf der E-Klasse-Limousine, anschließend sollen SUV-Modelle folgen. Mercedes-Benz investiert in das Werk in der Region Moskau insgesamt mehr als 250 Millionen Euro. Über 1.000 Mitarbeiter werden in Produktion und Verwaltung arbeiten. 2017 hatte das Unternehmen den Grundstein für das neue Werk etwa 40 Kilometer nordwestlich der russischen Hauptstadt Moskau im Industriepark Esipovo gelegt, das in weniger als zwei Jahren Bauzeit entstanden ist. Das Werk ist Teil des globalen Produktionsnetzwerks mit mehr als 30 Standorten weltweit. Mercedes-Benz ist seit 2013 nach eigenen Angaben die zulassungstärkste Premiummarke unter den Automobilherstellern in Russland. In den vergangenen zehn Jahren hat das Unternehmen seinen Pkw-Absatz hier mehr als verdoppelt.

LÄNDERNEWS

Kasachstan

Die kasachische Hauptstadt **Astana heißt seit Ende März** zu Ehren des zurückgetretenen Präsidenten Nursultan Nasarbajew **Nur-Sultan**. Interimspräsident Kasym-Zhomart Tokajew unterzeichnete am 23. März ein entsprechendes Dekret, mit dem die Umbenennung rechtskräftig wurde. Die Hauptstadt Kasachstans hat bereits eine Reihe von Umbenennungen hinter sich. Erst seit 2007 trug sie den Namen Astana.



Polen

Die Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer (AHK Polen) hat Anfang März ein **Büro in Pommern eröffnet**. An der offiziellen Eröffnung der neuen Außenstelle in Gdansk nahmen Wirtschaftsvertreter beider Länder und lokaler Behörden teil. Mit der Einrichtung des Regionalbüros reagiert die AHK Polen auf die wachsende Bedeutung der Dreistadt (Gdansk – Gdynia – Sopot) im Bereich moderner Unternehmens- und Informationsdienstleistungen.

Russland

Ende März hat die russische Regierung die **finalen Bedingungen des neuen Sonderinvestitionsvertrages (SPIK 2.0) beschlossen**. Eine der wichtigsten Änderungen betrifft den Wegfall des bisherigen Mindestinvestitionsvolumens von 750 Millionen Rubel (10,5 Millionen Euro). Damit steht der SPIK 2.0 zukünftig auch mittelständischen Unternehmen aus dem In- und Ausland offen, die oftmals weniger investieren. Eine Einschränkung beim SPIK 2.0 gibt es allerdings bei den zulässigen Investitionen: Es sollen nur noch solche Investitionen gefördert werden, die

neue Technologien schaffen oder nutzen. Die Laufzeiten der Sonderinvestitionsverträge wurden verlängert. Der Gesetzentwurf soll in Kürze ins russische Parlament eingebracht werden. (Brand & Partner)

Ungarn

Die große Mehrheit der deutschen Unternehmen in Ungarn schätzt ihre eigene Lage als gut ein. Auch die Aussichten der ungarischen Wirtschaft insgesamt werden positiv bewertet. Für die Gesamtwirtschaft wie auch für das eigene Geschäft erwarten die Unternehmer jedoch 2019 ein deutlich geringeres Wachstum als im vergangenen Jahr. Sorgen bereitet der zunehmende Fachkräftemangel. Das ist das Ergebnis der 2019 zum 25. Mal durchgeführten **Umfrage der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK)** unter ihren Mitgliedsunternehmen. (GTAI)

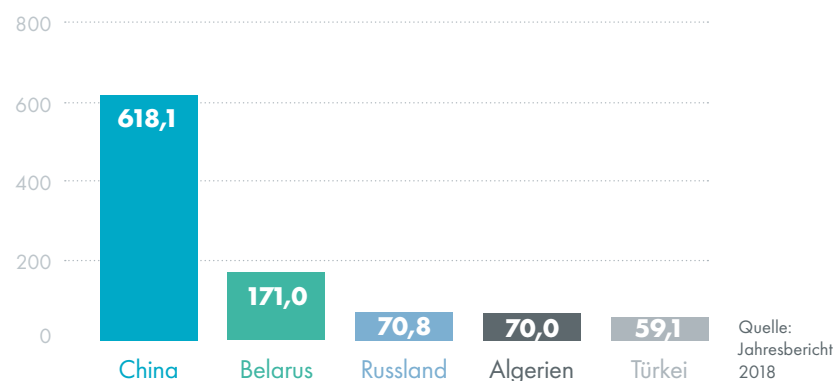
Usbekistan

Zuletzt sorgte Usbekistan für positive Schlagzeilen. Die politische Situation im bevölkerungsreichsten Land Zentralasiens ist stabil, die Wirtschaft wächst und der Reformprozess kommt voran. Infolgedessen hat sich auch die **Risikoeinschätzung des Landes verbessert**. Das zeigt auch die Einstufung der OECD-Länderrisikoexperten, die Usbekistan jüngst von der Kategorie 6 in Kategorie 5 hochgestuft haben (1 = geringstes Risiko, 7 = höchstes Risiko). Vor diesem Hintergrund hat der Interministerielle Ausschuss für Exportkreditgarantien in seiner März-Sitzung die Beschlusslage für Usbekistan angepasst und limitierende Sonderbestimmungen gestrichen. Die deutschen Exporte nach Usbekistan stiegen im Vorjahr um 17,4 Prozent auf 684 Millionen Euro.

Investitionsgarantien des Bundes gefragt

Im Jahr 2018 hat der Bund weltweit Investitionsgarantien in Höhe von 1,2 Milliarden Euro übernommen. Etwa 61 Prozent des neuen Garantievolumens entfiel auf Projekte in Asien (vor allem in China, Armenien und im Iran), gefolgt von Projekten in Osteuropa einschließlich der Türkei mit etwa 25 Prozent (überwiegend in Belarus, Russland und in der Türkei). Der Branchenschwerpunkt lag auf der chemischen und pharmazeutischen Industrie, gefolgt von der Energiewirtschaft (überwiegend im Sektor Erneuerbare Energie). Die Investitionsgarantien unterstützten 51 Projekte und ermöglichten die Schaffung und Sicherung von insgesamt 11.500 Arbeitsplätzen in den Anlageländern. Erstmals wurden Investitionsgarantien für Kirgisistan und Armenien übernommen. Der Bund war auch bei der Abwendung von Schadensfällen aktiv. So konnte bei einem Projekt in der Ukraine ein Schadenseintritt vermieden werden. Zudem unterstützte die Bundesregierung im Rahmen der Investitionsgarantien bei Problemen mit staatlichen Stellen unter anderem in Russland, Belarus und Montenegro.

Top-5-Länder (Volumen der genehmigten Anträge in Mio. Euro, 2018)



Eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte

Am 1. Mai 2019 feierten Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn sowie die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ihr 15-jähriges Jubiläum als EU-Mitglieder.



Die Grenze zwischen Deutschland und Polen ist heute kein Hindernis mehr.

Die Annäherung der ehemaligen Ostblock-Länder an die EU wurde erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 möglich. Schnell zeigte sich das große Interesse des deutschen Mittelstands an den jungen Marktwirtschaften. Die beiden Vorgängerorganisationen des Ost-Ausschuss - Osteuropaverins (OAOEV) halfen damals vielen Unternehmen bei Ihren ersten Schritten in die Region und vermittelten Kontakte zu den nun demokratisch gewählten Regierungsvertretern.

„Rückkehr nach Europa“

Im Wendejahr 1989 beteiligte sich der Ost-Ausschuss mit Delegationen beispielsweise an den historischen Reisen von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Polen und Ungarn. Im September 1989 traf der polnische Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa Ost-Ausschuss-Vertreter in Düsseldorf. Wie der weitere wirtschaftliche Weg der sozialistischen RGW-Länder (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) aussehen würde, war zu diesem Zeitpunkt noch ungewiss. Bürger

und Regierungen der mittelosteuropäischen Staaten vereinte jedoch der Wunsch nach einer „Rückkehr nach Europa“. Die wirtschaftliche Annäherung an die Europäische Gemeinschaft, die damals gerade einen Binnenmarkt für ihre zwölf Mitgliedsstaaten gründete, wurde weit vor dem offiziellen Beitritt am 1. Mai 2004 prioritäres Ziel. Als Zwischenschritte wurden in den 1990er Jahren zahlreiche Abkommen zwischen der EU und den Kandidatenländern geschlossen, die die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Ziel hatten. Im November 1998 eröffnete die EU schließlich formal die Beitrittsverhandlungen mit Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Slowenien und Zypern. Ein Jahr später folgten auch die Slowakei, Lettland und Litauen.

Vertreter des Ost-Ausschusses und des Osteuropaverins, der damals noch Mittel- und Osteuropaverin hieß, unterstützten die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen. Diese galten als wichtige Voraussetzung für die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und für eine erfolgreiche Trans-

formation der mittelosteuropäischen Staaten in Marktwirtschaften. Die Übernahme der EU-Regularien bedeutete für deutsche Investoren Investitions- und Rechtssicherheit.

Skeptische Stimmen

Doch vor der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 gab es durchaus skeptische Stimmen auf beiden Seiten. Bisherige EU-Mitglieder befürchteten eine Verringerung ihres Einflusses und warnten vor einem zu großen wirtschaftlichen Gefälle. Auch in den Beitrittsländern gab es kritische Stimmen. Der Reformkurs im Vorfeld des Beitritts führte zu sozialen Einschnitten. Viele lokale Unternehmen, so wurde vermutet, seien der Konkurrenz aus den alten EU-Ländern nicht gewachsen. In Polen insbesondere fürchtete man Nachteile für die heimische Landwirtschaft. Ein Teil der überschwänglichen EU-Begeisterung war im Mai 2004 bereits verfliegen.

Aufgrund der beiderseitigen Bedenken einigte man sich auf Übergangslösungen: Die bisherigen EU-Mitglieder konnten beispielsweise ihren Arbeitsmarkt bis zu 7 Jahre für die neuen EU-Bürger schließen. Großbritannien, das anders als Deutschland von Beginn an seinen Arbeitsmarkt öffnete, verzeichnete sehr starke Zuzüge aus Polen und den baltischen Staaten, was dem Wirtschaftswachstum auf der Insel zu Gute kam.

Starke Erweiterung des EU-Binnenmarkts

Mit der EU-Osterweiterung und dem gleichzeitigen Beitritt der Mittelmeerinseln Malta und Zypern im Mai 2004 vergrößerte sich nicht nur die Zahl der EU-Mitgliedsländer von 15 auf 25, sondern die Union wuchs schlagartig um 75 Millionen Bürger. Der gemeinsame Binnenmarkt umfasste nun fast eine halbe Milliarde Menschen, und durch die Vereinheitlichung von Stan-

dards sowie dem Wegfall von Grenzkontrollen, Zöllen und langen Wartezeiten wurde der Grundstein für die eindrucksvolle Intensivierung der Handelsbeziehungen gelegt. Die neuen Rahmenbedingungen verliehen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen deutlichen Schub.

Die von Ost-Ausschuss und Osteuropaver ein prognostizierten wirtschaftlichen Vorteile der Osterweiterungen haben sich in der Retroperspektive 15 Jahre später bestätigt. Seit dem EU-Beitritt der acht Länder hat der Warenaustausch mit der Bundesrepublik signifikant zugenommen. Im Beitrittsjahr 2004 summierte sich der gesamte Außenhandel zwischen Deutschland und den acht neuen mittelosteuropäischen EU-Mitgliedern auf 118 Milliarden Euro. Fünfzehn Jahre später - im Jahr 2018 - belief sich der Außenhandel Deutschlands mit den acht Ländern auf 315 Milliarden Euro. Die Zuwächse reichen dabei von 105 Prozent (Ungarn) über 144 Prozent (Lettland) bis hin zu überdurchschnittlichen 240 Prozent im deutschen-polnischen Handel.

Keine Einbahnstraße

Die exportorientierten deutschen Unternehmen nutzten die EU-Osterweiterung zur Erschließung neuer Absatzmärkte – mit großem Erfolg: Im Beitrittsjahr 2004 beliefen sich die Exporte Deutschlands nach Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn sowie ins Baltikum noch auf 60 Milliarden Euro. Innerhalb von 15 Jahren legten die deutschen Ausfuhren dann um 100 Milliarden Euro zu – was einem prozentualen Zuwachs von fast 170 Prozent entspricht. Im Jahr 2018 waren die acht Länder als Exportmärkte wichtiger als die USA.

Doch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den neuen EU-Mitgliedsländern entwickelten sich keineswegs zu einer Einbahnstraße. Im Jahr 2018 waren

die acht neuen EU-Länder als Beschaffungsmärkte zusammengenommen wichtiger als China, der größte Warenlieferant Deutschlands. In Folge der tiefgreifenden wirtschaftlichen Verflechtung sind die Länder der EU-Osterweiterung für Deutschland von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung. Umgekehrt ist Deutschland für die Mehrheit der neuen Mitgliedsländer in Mittelosteuropa der wichtigste Wirtschaftspartner geworden.

Erfolgreicher Aufholprozess

Dies ist nicht zuletzt auf das starke Wirtschaftswachstum in der Region dank des Zugangs zum EU-Binnenmarkt zurückzuführen. Auch EU-Fördermittel spielten bei der Transformation eine zentrale Rolle. Polen ist im aktuellen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 mit über 82,5 Milliarden Euro der größte Profiteur europäischer Finanzhilfen. So hat Polen beispielsweise im Jahr 2017 rund 3,0 Milliarden Euro in den EU-Haushalt einbezahlt und zugleich 11,9 Milliarden Euro aus EU-Geldern erhalten. Das ergibt einen Überschuss von fast neun Milliarden.

Mit Hilfe der EU-Mittel wurde insbesondere die Infrastruktur in den Ländern stark modernisiert. Fünf Länder der ersten Osterweiterungsrunde gehören inzwischen auch dem Euro-Raum an: Slowenien (2007), die Slowakei (2009), Estland (2011), Lettland (2014) und Litauen (2015). Erreichten 2005 die jungen EU-Mitglieder kaufkraftbereinigt je Einwohner im Schnitt nur 44 Prozent des EU-Durchschnitts, so ist dieser Anteil nach Berechnungen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche auf 72 Prozent angewachsen. Am besten schneiden Tschechien und Slowenien mit 91 und 88 Prozent ab. Polen (Platz 7) und Tschechien (Platz 10) sind inzwischen in die Top10 der wichtigsten deutschen Handelspartner aufgerückt, Ungarn, Rumänien und die Slowakei folgen in den Top20.

Wachstum über dem EU-Durchschnitt

Laut der aktuellen Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission wird das Wirtschaftswachstum in Mittelosteuropa 2019 erneut deutlich über dem EU-Durchschnitt von 1,4 Prozent liegen. Wachstumstreiber sind die starke Privatchfrage, die durch die rückläufige Arbeitslosigkeit und steigende Löhne angekurbelt wird, starke Exporte und auf EU-Mitteln basierende Investitionen. Die Länder trotzen damit dem globalen Abschwung, und liefern der deutschen Wirtschaft in einem immer schwieriger werden außenwirtschaftlichen Umfeld wichtige Wachstumsimpulse. Alle Länder der ersten Beitrittsrunde stehen nun vor einer neuen Phase der Transformation, dem Übergang zu einem digitalisierten und innovationsgetriebenen Wirtschafts- und Wachstumsmodell. Ob dieser Übergang gelingt, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mittelosteuropa im OAOEV



Klares Bekenntnis zur EU im polnischen Gdansk

Premiere in Nur-Sultan

Für den Berliner Eurasischen Klub war es eine Premiere, obwohl es bereits die 26. Sitzung des deutsch-kasachischen Gesprächsformats war. Zum ersten Mal fand die Veranstaltung, an der eine OAOEV-Delegation teilnahm, in der frisch umbenannten Hauptstadt Nur-Sultan statt.

Dass der neue Name auch den kasachischen Kollegen nicht immer leicht von den Lippen geht, war in den zahlreichen Begegnungen zu merken. Die Umbenennung der Hauptstadt ist das Ergebnis einer politischen Zäsur. Mitte März hatte der erste kasachische Staatspräsident Nursultan Nasarbajew, der seit der Unabhängigkeit vor beinahe 29 Jahren an der Spitze des Landes gestanden hatte, seinen Rücktritt erklärt. Auch der Berliner Eurasische Klub (BEK) ist untrennbar mit dem Namen des ersten kasachischen Präsidenten verbunden. Die Dialogplattform war 2012 anlässlich seines Besuchs in Berlin ins Leben gerufen worden.

BEK tagte auf dem EXPO-Gelände

Auf dem Gelände der EXPO 2017, die Nasarbajew nach Astana geholt hatte, fand Mitte Mai die 26. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs statt, die sich mit den Möglichkeiten des Astana International Financial Centre (AIFC) für die Region beschäftigte. Das AIFC ist eine der Organisationen, die auf dem EXPO-Gelände eine neue Heimat gefunden haben. Es hatte im Juli 2018 offiziell seine Arbeit aufgenommen. Im November wurde mit KazAtomProm das erste erfolgreiche Listing im Rahmen des AIFC durchgeführt. Der Gouverneur des AIFC Kairat Kelimbetov stellte im Rahmen des BEK vor 85 Teilnehmern aus Deutschland und Kasachstan seine Organisation vor.

Die Regierung plant, mit dem AIFC einen internationalen Hub für Finanzinstitutionen und Unternehmen aus Europa, Asien und dem Mittleren Osten zu schaffen. Ob Kasachstan dieser Durchbruch tatsächlich gelingen wird, bleibt abzuwarten. Der Moment ist aber günstig. Die Belt & Road-Initiative Chinas sowie ihre Auswirkungen auf die Handels- und Transportwege prägen nicht nur die Diskussion in Deutschland und Europa, sondern stehen auch in Zent-

ralasien und Kasachstan ganz oben auf der Agenda. So wie Kasachstan sich im Herzen der neuen Handelsrouten befindet, könnte sich das AIFC als Finanzzentrum im Herzen der Neuen Seidenstraße etablieren. Es wird sicherlich dauern, bis das AIFC in einem Atemzug mit Dubai oder Hongkong genannt wird, aber im ersten Jahr wurde bereits beeindruckend viel erreicht.

Möglichkeiten für den Mittelstand

An der anschließenden Diskussion, an der unter anderem der kasachische Vize-Außenminister Roman Vassilenko und der neue Delegierte der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien Alexander Spaak teilnahmen, beteiligten sich die Teilnehmer der Wirtschaftsdelegation, die der OAOEV traditionell im Mai nach Nur-Sultan bringt. Diesmal waren es vor allem mittelständische Unternehmen, die sich den kasachischen Markt genauer anschauen wollten. Hier verwiesen die kasachischen Partner auf die Gesellschaft KazakhInvest, die als zentrale Anlaufstelle für Investoren dienen soll. Diese ist mittlerweile dem Außenministerium untergeordnet, das die Verantwortung für außenwirtschaftliche Themen trägt.

Gespräch mit Premier Mamin

Den Höhepunkt der Delegationsreise bildete ein Gespräch des OAOEV mit dem kasa-

chischen Premierminister Askar Mamin, bei dem die Delegationsteilnehmer konkrete Themen und Projekte ansprechen konnten. Mamin unterstrich die Sonderstellung der deutschen Unternehmen in Kasachstan. Man sehe Deutschland als einen strategischen Partner, und diese Rolle gelte es mit neuen Vorhaben auszufüllen.

Während der Delegationsreise konnten die Unternehmer zudem das 12. Astana Economic Forum (AEF) besuchen, das sich mittlerweile als festes Event im Veranstaltungskalender internationaler Investoren etabliert hat. Die zahlreichen Diskussionen widmeten sich der Zukunft der Arbeit, der Digitalisierung und neuen Wirtschaftstrends. Das Eröffnungspanel wurde von Nasarbajew eröffnet, der damit noch einmal seine weiterhin wichtige Rolle in der zentralasiatischen Republik sichtbar machte. Der Vorsitzende der Geschäftsführung des OAOEV Michael Harms unterstrich in seinem Vortrag im Rahmen des AEF die Vorteile der dualen Ausbildung und die Bedeutung der Wirtschaft bei der Ausgestaltung künftiger Berufsbilder. Dieses Thema konnte Harms beim bilateralen Gespräch mit der kasachischen Vize-Premierministerin Gulshara Abdykalikova vertiefen, die sich sehr für die deutschen Erfahrungen interessierte.

Eduard Kinsbruner

Regionaldirektor Zentralasien im OAOEV



Die Delegation bei Premierminister Mamin

Südosteuropa im Wandel

„Vielfältig“ ist nur eines von vielen Attributen, das die Region Südosteuropa beschreibt, die sich in den vergangenen Jahren wie kaum eine andere verändert hat. Es reicht der Blick zurück auf das vergangene Jahr, das mit der Übernahme der ersten EU-Ratspräsidentschaft Bulgariens im ersten Halbjahr 2018 startete, und uns im Juni mit dem Prespa-Abkommen zwischen Skopje und Athen positiv überraschte. Mit der Lösung des Namenstreits, der Skopje nun zur Hauptstadt der Republik Nordmazedonien macht, hat die Regierung eine wichtige Weichenstellung für die Integration des Landes in die europäischen sowie transatlantischen Strukturen vorgenommen.

Europa ist auch ein zentraler Bezugspunkt für zwei weitere Jubiläen, die wir in diesem Jahr begehen: Slowenien, das vor 15 Jahren Mitglied der EU wurde, war Anfang Juni Gastgeber des Gipfels der Drei-Meeres-Initiative. Diese Initiative von zwölf mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten verfolgt seit ihrer Gründung 2015 das Ziel, die gemeinsamen Interessen besonders im Bereich der Infrastruktur und Energieversorgung vereint zu vertreten, und stärkt so nachhaltig die intraregionalen Beziehungen. Im Rahmen des Wirtschaftsforums, an dem wir uns als OAOEV beteiligt haben, sollte Anfang Juni in Ljubljana eine rege Diskussion über anstehende Projekte und Perspektiven der regionalen Kooperation geführt werden.

Regionale Kooperation ist auch ein zentrales Momentum, wenn wir uns einem anderen Jubiläum zuwenden. Im Juni 1999 wurde auf Initiative der damaligen Bundesregierung der Stabilitätspakt für Südosteuropa gegründet, um trotz aller militärischen Konflikte wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Projekte voranzutreiben. Damals wie heute unterstützt der OAOEV die sechs Länder des Westlichen Balkans sowie Kroatien. Dies umfasst auch den 2017 verabschiedeten Plan eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, der mit einer ganzen Reihe von Einzelmaßnahmen zur Verbesserung des regionalen Austauschs einhergeht.

Wie auf politischer Ebene können wir auch Fortschritte in der Wirtschaft beobachten: Nach einem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Region von 3,6 Prozent rechnen Wirtschaftsexperten auch für 2019 mit einem stabilen, wenn auch leicht abgeschwächten Wachstum. Auch mit Blick auf den bilateralen Warenaustausch können wir gute Nachrichten verbreiten: Insgesamt stieg der Wert des Handels zwischen Deutschland und den elf Ländern des OAOEV in Südosteuropa im Vorjahr um über acht Prozent und erreichte ein Rekordvolumen von knapp 70 Milliarden Euro.

Wir sehen Südosteuropa weiterhin als eine Region der Vielfalt mit einem ebenso vielfältigen Potenzial, insbesondere in der aufstrebenden IT, beim Ausbau des Energiesektors sowie der Infrastruktur. Um dieses zu realisieren, ist eine stetige Verbesserung der Rahmenbedingungen unabdingbar. Dazu gehören die Stärkung der Rechtssicherheit und der Korruptionsbekämpfung sowie mehr Transparenz bei Verwaltungsverfahren. Als größtes Risiko, das die positive Entwicklung hemmen könnte, nennen Unternehmen jedoch immer wieder den Fachkräftemangel. Investitionen in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen sind daher notwendig, um langfristig der Abwanderung von Fachkräften vorzubeugen, eine Gesellschaft und Wirtschaft zu stabilisieren und damit die Attraktivität der Märkte zu steigern.

Um Ihre Interessen bestmöglich bündeln und vertreten zu können, lade ich Sie herzlich zur Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen des Arbeitskreises Südosteuropa im OAOEV ein. Die nächste Sitzung wird am 26. September 2019 stattfinden – diesmal in Sarajevo.

Ich freue mich, Sie auf einer unserer nächsten Veranstaltungen oder Delegationsreisen in die Region begrüßen zu können.



Janusz Kulik

Mitglied des Vorstands REWE International AG und Sprecher des Arbeitskreises Südosteuropa im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft

Der Westbalkan setzt auf Digitalisierung

Am 4. und 5. April 2019 fand in Belgrad der zweite Digital Summit für die Länder des Westlichen Balkans statt. Die fast 3.000 Teilnehmer erwartete an den zwei Tagen ein dichtes Programm auf drei Bühnen.



Der regionale Digital Summit der Westbalkan-Länder geht auf eine Initiative des Ost-Ausschuss – Osteuropavereins (OAOEV), der Bundesregierung sowie deutscher Unternehmen zurück und ist seit 2017 Teil der Road Map zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums in der Region. Darauf hatten sich die Regierungschefs der sechs Westbalkanländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien im Sommer 2017 geeinigt. Ziel ist es, insbesondere im Bereich der Digitalisierung stärker zusammenzuarbeiten, um die möglichen Impulse für Prosperität und Wachstum zu nutzen und Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Ein enges Zusammenwirken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen ist hierfür ein wesentlicher Baustein. So muss sich auch die Wirtschaft auf neue Kommunikationswege und Arbeitsprozesse einrichten. Zugleich birgt die Digitalisierung große Chancen, wenn es darum geht, Beschäftigung für die Bevölkerung in den Ländern zu sichern und Perspektiven zu bieten. Bereits jetzt ist eine sehr dynamische Entwicklung der IT- und Startup-Szene auf dem Westbalkan zu beobachten, die einen wachsenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Länder generieren.

Eröffnung durch die serbische Premierministerin

Zentrale Themen des Gipfels waren unter anderem die Fragen des Infrastrukturausbaus, der Innovationen, der Chancen für eine Data Economy, die Herausforderungen der Cybersecurity sowie Fragen der Bildung und der digitalen Kompetenzen. Eröffnet wurde der Gipfel durch die Gastgeberin und serbische Premierministerin Ana Brnabic. In ihrer Begrüßung unterstrich sie die Bedeutung dieses Gipfels für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der gesamten Region. Es sei essenziell, weiter an der Kooperation zu arbeiten, um die Stabilität in der Region zu stärken. Wie auch EU-Digital-Kommissarin Maria Gabriel verwies Brnabic auf die große Bedeutung, die die Unterzeichnung eines Roaming-Abkommens zwischen den Ländern des Westlichen Balkans für die Menschen in der Region habe.

Der OAOEV brachte sich auch in diesem Jahr gemeinsam mit seinen Mitgliedern aktiv in die Vorbereitung des Summits ein und begleitete im Vorfeld intensiv die Diskussionen im Steering Committee. In der beeindruckenden Kulisse der Palata Srbije gab es Raum und Gelegenheit, nicht nur den Diskussionen in den Panels zu folgen, sondern am Rande auch die Präsentationen von Un-

ternehmen und Projekten zu besuchen und bilaterale Gespräche mit den aus allen Ländern der Region angereisten Regierungsvertretern, Unternehmen und Organisationen zu führen. Im Frühjahr 2020 wird die albanische Regierung die Gastgeberrolle übernehmen und den dritten regionalen Digital-Gipfel in Tirana ausrichten.

Deutsch-Serbischer Round Table zur Digitalisierung

Am Vortag des Digital Summit trafen auf Einladung des serbischen Ministeriums für Innovation und Technologie und des Bundeswirtschaftsministeriums Verbände, Kammern und Unternehmen zusammen, um sich über Möglichkeiten der engeren bilateralen Kooperation bei der Digitalisierung auszutauschen. Hauptthema war die Identifizierung möglicher gemeinsamer Aktivitäten in Innovation und Forschung. Im Ergebnis dieses bilateralen Dialogs wollen serbische und deutsche Stakeholder den Austausch über Cybersecurity und Startup-Förderung intensivieren. Hierzu wird eine serbische Delegation im Herbst Deutschland besuchen und der Dialog mit konkreten Aktivitäten untermauert.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV

Montenegro strebt in die EU

Ende März 2019 besuchte eine OAOEV-Unternehmensdelegation Montenegro. In Gesprächen mit Regierungsvertretern und deutschen Investoren konnten sich die Teilnehmer ein Bild von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen machen.

In Gesprächen mit Premierminister Dusko Markovic und weiteren Ministern informierte sich die Delegation - unter Leitung des Vorsitzenden der Geschäftsführung des OAOEV Michael Harms - über die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Landes und Möglichkeiten für die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Balkan-Land.

Die Zeichen dafür stehen gut: Die Beitrittsverhandlungen Montenegros zur EU laufen auf Hochtouren. Inzwischen sind seit dem Verhandlungsbeginn im Jahr 2012 von den insgesamt 33 zu verhandelnden Kapiteln 32 eröffnet und drei Kapitel bereits abgeschlossen. Das Bruttoinlandsprodukt einer der kleinsten Volkswirtschaften Europas stieg 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Prozent. Der bilaterale Handel zwischen Deutschland und Montenegro bewegte sich 2018 mit 144 Millionen Euro zwar auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, erzielte aber gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung um rund ein Fünftel.

Als Einstieg in das dichte Delegationsprogramm informierte der deutsche Botschafter in Podgorica Robert Weber über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Land. Dies bot die Gelegenheit zu einem offenen und konstruktiven Austausch und war eine gute Vorbereitung für die anstehenden Gespräche mit Vertretern der montenegrinischen Regierung und der lokalen Verwaltungen.

„Stabilitätsanker in der Region“

Premierminister Markovic betonte in einer Gesprächsrunde die Erfolge seines Landes bei der Einbindung in die transatlantischen Strukturen und die fortschreitenden Beitrittsverhandlungen mit der EU. So habe sich Montenegro zum „Stabilitätsanker in der Region“ entwickelt. Mit Blick auf die

wirtschaftliche Entwicklung des Landes verwies Markovic auf einen Rückgang der Arbeitslosenquote, die sich von 22,4 auf zuletzt 16,6 Prozent verringert habe. Beinahe 12.000 neue Arbeitsplätze hätten dank neuer Investitionen geschaffen werden können. Großes Potenzial sieht Markovic vor allem im Tourismus, Energiesektor und in der Landwirtschaft. Die Gespräche mit Wirtschaftsministerin Dragica Sekulic und Finanzminister Darko Radunovic sowie Transportminister Osman Nurkovic nutzte die Delegation zum Austausch in individuellen Sachfragen.

Aberundet wurde das Programm durch ein Treffen mit Bürgermeistern, das auf Initiative des deutschen Botschafters Weber stattfand. Der Ausbau der Infrastruktur im Energiesektor und Verkehr aber auch die Digitalisierung waren zentrale Thema in den Gesprächen sowohl mit der Regierung als auch mit den Bürgermeistern der Städte Podgorica, Berane, Danilovgrad, Herceg Novi sowie Niksic.

Neben den politischen Gesprächen bot die Besichtigung der Produktionsstätte des Unternehmens Hemomont, einer Tochter des deutschen Pharmaunternehmens Stada, eine gute Gelegenheit zum Austausch mit der lokalen Unternehmensführung sowie Mitarbeitern über das Investitionsklima und aktuelle soziale sowie wirtschaftspolitische Fragenstellungen. In einem Gespräch mit Vertretern der Crnogorski Telekom, einer Tochter der Deutschen Telekom, wurde deutlich, auf welchem hohem Niveau sich die digitale Infrastruktur in Montenegro befindet und vor welchen Herausforderungen der Infrastrukturanbieter im Land steht. Nur wenige Tage vor der Reise hatte OAOEV-Geschäftsführer Harms den montenegrinischen Präsidenten Djukanovic anlässlich seines Deutschlandbesuches Mitte März in Berlin zu einem Gespräch mit Mitgliedern des OAOEV begrüßt.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV



Premierminister Markovic empfing die OAOEV-Delegation zum Meinungsaustausch.

Mit Steinmeier in Bulgarien

OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms war Mitglied der Wirtschaftsdelegation, die Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Anfang April bei seinem Besuch in Bulgarien begleitete.

Am ersten Tag der Reise traf die Delegation den ehemaligen Präsidenten Rossen Plewneliew, der bis Januar 2017 Staatsoberhaupt war, und besuchte den größten bulgarischen Pharmaproduzenten Sopharma sowie Luftansa Technik Sofia. Der Standort Sofia ist einer der globalen Hubs der Lufthansa-Techniktochter, die hier 1.000 hochqualifizierte Mitarbeiter beschäftigt und mehr als 100 Millionen Euro investiert hat.

Treffen mit zwei Präsidenten

Die AHK Bulgarien organisierte im Rahmen des Steinmeier-Besuchs ein Wirtschaftsgespräch deutscher und bulgarischer Unternehmen mit Steinmeier und seinem bulgarischen Amtskollegen Rumen Radew, bei dem OAOEV-Geschäftsführer Harms über die Rechtssicherheit im Land sprach. Weitere Schwerpunkte des Gesprächs waren die Themen Fachkräftemangel, Berufsbildung, Energie, Automobilindustrie, Gesundheitswirtschaft und ITK. In Bulgarien gibt es viele neue Investitionen deutscher Unternehmen in diesen Branchen mit einem hohen Anteil an Forschungs- und Entwicklungsleistungen.

Laut einer aktuellen Studie der AHK Bulgarien kommen 8,3 Prozent aller Direktinvestitionen in Bulgarien aus Deutschland. Damit ist die Bundesrepublik mit Direktinvestitionen von insgesamt 3,5 Milliarden Euro der zweitgrößte Investor im Land. „Die deutsche Wirtschaft zeigt in Bulgarien nachhaltige und starke Präsenz“, sagte Präsident Radew. Über 5.000 deutsche Unternehmen seien in Bulgarien vertreten und stellten fast ein Drittel der 100 größten Investoren in Bulgarien.

Steinmeier bedankte sich für die Gelegenheit, sich mit Vertretern der deutschen und bulgarischen Wirtschaft zu treffen, und ermutigte die Wirtschaftsvertreter zu einem offenen Dialog über ihre Erwartungen zur Verbesserung des Investitionsumfelds. „Keine Frage, deutsche Unternehmen wären nicht hier, wenn Bulgarien sich nicht zu einem attraktiven Standort entwickelt hätte“, sagte Steinmeier und kündigte an, dass Deutschland die Ausbildung junger Menschen im Rahmen einer dualen Berufsausbildung unterstützen wolle.

Drängendes Thema Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel ist ein drängendes Thema, auch bedingt durch die hohe Abwanderung. Hier sind nach Einschätzung von OAOEV-Geschäftsführer Harms mehr gemeinsame Anstrengungen notwendig. Um dem Mangel an Personal im Land zu begegnen, schlugen die Unternehmensvertreter die bessere Integration von Minderheiten in den Arbeitsprozess und die Anwerbung bulgarischer Arbeitskräfte aus dem Ausland vor. Vertreter deutscher Unternehmen äußerten ihre Besorgnis über die geringe Attraktivität der dreijährigen dualen Berufsausbildung in Bulgarien. Deren offizielle Anerkennung wäre für junge Menschen motivierend.

Auf Probleme treffen deutsche Unternehmen auch beim Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen, bei denen häufig die gleichen Firmen den Zuschlag erhielten. Bei der Reform der Justiz seien zwar Fortschritte erzielt worden, es hapere aber weiter bei der Umsetzung von Gesetzen.

Ein weiteres Thema der Diskussion war die Entwicklung der Automobilindustrie. Die Produktion von Teilen und Komponenten hat sich um ein Vielfaches erhöht. Für neue Marktteilnehmer sei Bulgarien ein vielversprechender Standort, so die Meinung der Branchenvertreter. Zu den potenziellen Wachstumstreibern gehört zudem die Digitalisierung. Das Land ist dank der guten Informatik-Ausbildung schon jetzt ein gefragtes Ziel für das Outsourcing von IT-Dienstleistungen und verfügt über eine entwickelte Startup-Szene.



Deutsch-Bulgarisches Wirtschaftsgespräch mit Steinmeier und dem bulgarischen Präsidenten Radew in Sofia.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV

„Günstiges Umfeld für grenzüberschreitende Geschäfte“

Nach der Beilegung des Namensstreits hofft Nordmazedonien auf eine schnelle Annäherung an die EU. Doch die Politik muss dazu noch einige Hausaufgaben machen, meint Marjan Nikolov, Präsident des Center for Economic Analyses (CEA) in Skopje.



Marjan Nikolov
Präsident des Center for Economic Analyses (CEA) in Skopje

Nordmazedonien weist im Vergleich zu seinen Nachbarländern ein relativ niedriges Wirtschaftswachstum auf. Was sind die Gründe dafür?

Es gibt zwei Hauptgründe dafür, wenn wir die politische Lage unberücksichtigt lassen. Zum einen die Entscheidung der Regierung, das vom Bau getriebene Wachstum zu bremsen, das hauptsächlich auf Krediten beruhte und mit dem die vorherige Regierung die Konjunktur anzukurbeln versuchte. Zum anderen sind dafür die chronisch schwachen Investitionen verantwortlich. Die schwache Investitionsnachfrage resultiert aus der mangelnden Kenntnis der Planung und Steuerung langfristiger Projekte, der schlechten Koordinierung der strategischen Planung mit der Haushaltsplanung und den öffentlichen Vergabeverfahren und schließlich aus dem Fehlen geeigneter, schnell umsetzbarer Projekte. Ein weiterer Grund sind die fehlenden Kapazitäten in der Verwaltung, um die Fördermittel für Investitionen aus verschiedenen Quellen effizient und zeitgerecht zu planen und einzusetzen.

Welche Rolle spielt das Abkommen mit Griechenland für die Wirtschaftsaussichten?

Das Abkommen mit Griechenland schafft ein günstiges Umfeld für grenzüberschreitende Geschäfte. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Blockade, die Griechenland 1994 gegen Mazedonien verhängt hat, insbesondere die Industrie hart getroffen hat, vor allem Energie, Eisen- und Stahl, chemische und Textilindustrie, aber auch andere Branchen, die ihre Produkte ausschließlich per Bahn über den Hafen von Thessaloniki exportierten. Nach Angaben des Finanzministeriums entsprach der direkte Schaden durch die griechische Blockade etwa 14 Prozent des jährlichen BIP. Dies kann einen qualitativen Eindruck davon geben, wie die wirtschaftlichen Aussichten in naher Zukunft aussehen könnten.

Was sind die größten Herausforderungen bei der Annäherung an die EU und ihre Standards?

Die größten Herausforderungen ergeben sich aus den fehlenden Standards guter Regierungsführung auf der politischen Agenda. Die Defizite bei der Rechtsstaatlichkeit und der effizienten Kontrolle der Korruption hemmen die positive Entwicklung des Landes. Die Regulierungsmöglichkeiten durch die Kommunalverwaltungen sowie durch die Regierung und damit die Fähigkeit, das öffentliche Interesse zu schützen, sind gefährdet. Nordmazedonien ist weiterhin ein fragiler Staat, der von den politischen Eliten kontrolliert wird. Die EU sollte der Elite trotz der erreichten politischen Erfolge mit Griechenland und Bulgarien keine Zugeständnisse machen, solange diese nicht entschlossene Schritte zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sowie zur Korruptionsbekämpfung macht.

Welche Rolle spielt Deutschland für die nordmazedonische Wirtschaft?

Der Export ist mit einem Anteil von fast der Hälfte der Gesamtexporte stark auf Deutschland fokussiert. Der Import aus Deutschland beträgt zwölf Prozent der gesamten Einfuhr.

Deutschland und der Kosovo sind die einzigen Länder, mit denen Nordmazedonien ein Handelsdefizit aufweist. Das Handelsvolumen mit Deutschland von 3,6 Milliarden Euro entspricht mehr als einem Drittel des jährlichen BIP. Diese Zahlen verdeutlichen die Bedeutung der deutschen Wirtschaft für Nordmazedonien.

Welche Wirtschaftszweige sind für deutsche Firmen von besonderem Interesse?

In jüngster Zeit zeigen sich deutsche Investoren mit dem wirtschaftlichen Umfeld in Nordmazedonien unzufrieden. Dies steht im Zusammenhang mit den hohen Erwartungen an die neue Regierung, die Governance-Standards zu verbessern, die nicht erfüllt wurden. Unter solchen Rahmenbedingungen kommen für ausländische Direktinvestitionen nur solche Wirtschaftszweige in Frage, die in einem risikoreichen politischen Umfeld höhere Gewinne erzielen können oder hohe staatliche Subventionen bekommen. Solche Geschäfts- und Investitionsentscheidungen haben keinen längeren Planungshorizont und müssen mit staatlichen Eingriffen in den Markt rechnen. Zudem wirken die schlechte Situation im Bildungssystem sowie die bisherige Politik, die auf billige Arbeitskräfte gerichtet war, negativ auf ausländische Direktinvestitionen in Wirtschaftszweigen mit höherer Wertschöpfung.

Nur unter der Voraussetzung, dass die Regierung Subventionen für die Ausbildung von Arbeitskräften gewährt, könnten ausländische Direktinvestitionen in wertschöpfungsstärkeren Industrien wie der Chemie oder Fahrzeugindustrie angezogen werden. Andernfalls kann Nordmazedonien nur mit ausländischen Direktinvestitionen in Industrien mit geringer Wertschöpfung rechnen, wie der Textil- und Bauindustrie sowie der Landwirtschaft.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen

Geheimtipp für deutsche Investoren

Slowenien hat die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in den vergangenen Jahren weiter verbessert. Deutsche Unternehmen spielen eine tragende Rolle im Land. Probleme bereitet der Mangel an Fachkräften.



Gertrud Rantzen

Geschäftsführerin
Deutsch-Slowenische Industrie- und
Handelskammer

In den vergangenen drei Jahren haben sich in Slowenien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Situation in den einzelnen Wirtschaftszweigen deutlich verbessert. Dies hing vor allem mit der Lage auf dem Weltmarkt und dem globalen, insbesondere europäischen, wirtschaftlichen Aufschwung zusammen. Im Vergleich zu den anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa ist es Slowenien gelungen, die politische und soziale Stabilität, die Vorhersehbarkeit der Politik, den Kampf gegen die Korruption, die Transparenz öffentlicher Ausschreibungen und die Investitionsbedingungen zu verbessern. Das Land überzeugt als Standort für Forschung und Entwicklung und bietet ideale Voraussetzungen für neue Kooperationsmöglichkeiten in der digitalen Transformation und der Einführung der Industrie 4.0.

Verknappung von Arbeitskräften

Slowenien befindet sich immer noch auf einem dynamischen Wachstumskurs. Treiber ist nach wie vor die Exporttätigkeit der

Unternehmen, aber auch die Verbrauchernachfrage hat wieder stark angezogen. Dennoch hat das Land weiterhin mit vielen Herausforderungen zu kämpfen: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind noch nicht optimal, und es gibt in vielen Bereichen noch dringenden Handlungsbedarf. Der mitteleuropäische Trend der Verknappung von Arbeitskräften ist auch in Slowenien angekommen - ein Problem, das die Firmen durch Umschulungsmaßnahmen, Rationalisierung, die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern sowie die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten zu lösen versuchen.

Deutschland ist mit Abstand der wichtigste Wirtschaftspartner Sloweniens. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bewegen sich mit einem Handelsaustausch von fast zwölf Milliarden Euro ungebrochen aufwärts, angetrieben vor allem durch die hohen Exportsteigerungen slowenischer Unternehmen nach Deutschland. Aber auch bei den Direktinvestitionen ist Deutschland mit einem Bestand von fast 1,9 Milliarden Euro der wichtigste ausländische Investor. Deutsche Unternehmen erzielen nach unseren Berechnungen knapp 15 Prozent der Umsätze in Slowenien, sind für 20 Prozent aller Exporte verantwortlich und beschäftigen rund acht Prozent aller Arbeitnehmer. Die Wertschöpfung pro Beschäftigtem liegt im Schnitt um ein Viertel über dem slowenischen Durchschnittswert von 37.776 Euro.

2018 war insgesamt ein sehr positives Jahr für die Wirtschaftsbeziehungen unserer Länder. Das Investitionsniveau steigt weiter, allen voran durch umfangreiche Erweiterungsinvestitionen bereits langjährig ansässiger Unternehmen. Die Zahlen zeigen eine stabile Investitionspolitik der Firmen mit deutschem Kapital, das in den kommenden Jahren vor allem in die personelle Weiterbildung, die Digitalisierung, die Pro-

duktentwicklung sowie die Produktionserweiterung gesteckt werden soll.

Investitionen in die Digitalisierung

Slowenien gilt schon seit Langem als Geheimtipp für deutsche Investoren. Trotz des kleinen Markts nutzen viele deutsche Unternehmen das große Know-how slowenischer Unternehmen und profitierten von gut ausgebildeten Fachkräften und den Kooperationen vor allem im Automobil- und Industriebereich. Die Zustimmung zum Investitionsstandort Slowenien liegt laut Umfragen mit 80 Prozent weiterhin im oberen Bereich. Dementsprechend groß fallen die zukünftigen Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen aus. Treiber dieser Investitionstätigkeit sind Investitionen in Digitalisierungsmaßnahmen. Nach eigenen Aussagen der Unternehmen sollen innerhalb der nächsten drei Jahren rund 130 Millionen Euro in Digitalisierungsprozesse investiert werden.

Nach Einschätzung deutscher Investoren hat Slowenien im Bereich Forschung und Entwicklung die besten Bedingungen in der Region. Wenn man noch die Qualität der lokalen Lieferanten und die Qualifikation der Arbeitnehmer berücksichtigt, ist Slowenien zweifellos ein interessanter Standort für ausländische Produktionsunternehmen. Dennoch ist die Ausrichtung für die Zukunft wichtig. Der Mangel an qualifizierten und gut ausgebildeten Arbeitnehmern, die einen Mehrwert schaffen und in Zukunft aus dem Ausland angeworben werden müssen, stellt das Land vor Herausforderungen. Maßnahmen in diesem Bereich sind notwendig, um ein nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten. Die Wirtschaftspolitik ist deshalb gefragt, hier gezielt entgegenzuwirken, um zum einen mehr junge Menschen bedarfs- und marktgerecht zu qualifizieren und zum anderen attraktive Rahmenbedingungen für ausländische Fachkräfte zu schaffen.

„Für ein starkes und inklusives Europa“

Am Rande des vierten Gipfeltreffens der Drei-Meere-Initiative Anfang Juni organisierten die slowenischen Gastgeber ein begleitendes Wirtschaftsforum. Sloweniens Botschafter in Deutschland Franc But über das Wirtschaftsforum und die Ziele der Initiative.



Franc But

Botschafter der Republik Slowenien
in Deutschland

Slowenien und Deutschland sind wichtige politische und wirtschaftliche Partner und Verbündete. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner Sloweniens, und im Bereich der Projekt- und Innovationszusammenarbeit vertieft sich die Kooperation immer mehr. Daher freue ich mich, Ihnen die wichtigsten Punkte der Drei-Meere-Initiative vorzustellen, deren Wirtschaftsforum dieses Jahr unter dem Vorsitz Sloweniens und in Slowenien stattfand.

Der slowenische Ministerpräsident Marjan Šarec veranstaltete am Rande des Gipfeltreffens der Drei-Meere-Initiative am 5. und 6. Juni das zweite Wirtschaftsforum der Initiative in Ljubljana. Das Gipfeltreffen wurde vom Präsidenten der Republik Slowenien Borut Pahor organisiert. Die Initiative umfasst zwölf EU-Mitgliedsländer, die geografisch in Mittel- und Osteuropa zwischen der Adria, der Ostsee und dem Schwarzen Meer liegen, nämlich Österreich, Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Ziel der Initiative ist es, ein starkes, inklusives und kohärentes Europa zu schaffen. Das Wirtschaftsforum 2019 umfasste vier Schlüsselbereiche und zwar Energie, Infrastruktur,

Digitalisierung und Innovation. Diese Bereiche wurden durch Querschnittsthemen ergänzt, zu denen die transatlantischen Beziehungen, Sicherheit und Wasser gehörten. Zum Wirtschaftsforum wurden etwa 600 Teilnehmer aus dem Privatsektor sowie hochrangige Regierungsvertreter und Vertreter internationaler Organisationen wie der EU erwartet, unter anderem auch der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker als Gast. Das erste Treffen zwischen Regierungen und Wirtschaftsvertretern im Rahmen der Initiative fand 2018 in Bukarest statt.

Über ein Fünftel der EU-Bevölkerung

Die Wichtigkeit einer solchen Plattform wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die Drei-Meere-Initiative insgesamt 28 Prozent des Territoriums der EU und 22 Prozent ihrer Bevölkerung umfasst. Da die Region aber insgesamt nur zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU erwirtschaftet, sind Investitionen sowie die strategische Entwicklung von höchster Bedeutung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Infrastruktur, die in Zukunft stark ausgebaut wird.

Die Rolle des privaten Sektors ist bei der Erreichung der Ziele der Initiative nicht zu unterschätzen, da die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Regierungen und in der Region ansässigen Unternehmen für eine schnelle, langfristige und vor allem nachhaltige Entwick-

lung sorgen kann. Von einer solchen Zusammenarbeit profitieren viele, insbesondere aber die gesamte Region von der Adria bis zur Ostsee und dem Schwarzen Meer.

Neuer Fonds für Investitionen

Das diesjährige Forum bot eine breite Palette verschiedener Themen, auf die sich die Mitgliedsstaaten vorher verständigt hatten. Für Slowenien liegt der Schwerpunkt auf dem Verkehr und der Infrastruktur. Wichtige Projekte sind der Ausbau des Schienennetzes durch ein zweites Gleis zwischen Koper und Divaca, der neue Eisenbahnknoten in der Hauptstadt Ljubljana, der Ausbau einer regionalen Gasleitung zwischen Slowenien und Ungarn und die Digitalisierung, wozu der Ausbau des 5G-Netzes gehört.

Für viele strategisch wichtige Projekte sind die Mitgliedsländer auf die Finanzierung der EU angewiesen. Deshalb sind viele der vorgeschlagenen Projekte bereits Teil der bestehenden EU-Förderprogrammen, wie etwa Projects of Common Interest (PCI), Trans-European Transport Network (TEN-T), Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSD) und Connecting Europe Facility (CEF). In der Zukunft wird eine zusätzliche Finanzierungsoption, der 3SI Investment Fonds, geschaffen. Dieser wird durch die jeweiligen Mitgliedsstaaten der Drei-Meere-Initiative finanziert und soll komplementär zu den Finanzierungsmöglichkeiten der EU sein.



Sloweniens Hauptstadt Ljubljana war Gastgeber des Wirtschaftsforums.

Karrierechancen und neue Impulse

Das Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans geht in sein 16. Jahr. Auch 2019 haben sich wieder über 1.200 junge Nachwuchskräfte für einen der begehrten Praktikumsplätze beworben.



Melisa und Irina absolvierten ihr Praktikum bei der Firma audEERING – Am 26. Juni 2019 begrüßt der OAOEV die Teilnehmenden der 16. Generation des diesjährigen Jahrgangs in Berlin.

Die Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic vor 16 Jahren ist vielen Menschen in den Ländern des Westlichen Balkans in Erinnerung geblieben. Der Mann, den viele in Serbien und über die Landesgrenzen hinaus als demokratische Hoffnung für eine bessere Zukunft angesehen hatten, kam in Jahr 2003 bei einem Attentat ums Leben.

Noch im selben Jahr wurde auf Initiative des Ost-Ausschusses und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Zoran Djindjic Stipendienprogramm entwickelt und umgesetzt. Der Grundgedanke bestand darin, die demokratische Vision Zoran Djindjics und seinen Reform- und Kooperationswillen zu bewahren.

Heute ist das Projekt ein Leuchtturm in und für die Länder des Westlichen Balkans. Es umfasst die sieben Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. In Zusammenarbeit mit der Zoran Djindjic Stiftung in Belgrad, ist der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) federführend für das Projekt verantwortlich.

Auslandserfahrung und Praktika als „Key Success Factor“

Seit 2003 haben sich jährlich bis zu 1.500 junge Nachwuchskräfte auf einen der begehrten Praktikumsplätze beworben. Den Studierenden oder frisch Graduierten werden profil-schärfende Einblicke in ein deutsches Unternehmen geboten, wodurch sich nicht nur ihre Fachkenntnisse erhöhen, sondern auch ihre sozialen Kompetenzen gefördert werden. Als Bewerber über den Tellerrand hinweggeschaut und sein Organisationstalent sowie seine Sprachkenntnisse unter Beweis gestellt zu haben, macht häufig den entscheidenden Unterschied gegenüber potenziellen Mitbewerbern aus. „Dieses Programm hat definitiv mein Leben beeinflusst und neue Karrierewege eröffnet“, sagt Alumnus Nikola Felkaroski, der 2018 am Programm teilgenommen hat: „Ich kann es jedem weiterempfehlen, der ehrgeizig genug ist, aus seiner Komfortzone herauszutreten, um eine positive Erfahrung zu machen.“

Stipendien als Wirtschaftsförderung

Neben den positiven persönlichen Effekten für die Stipendiaten, setzt man in der Region

auch auf neue Impulse durch den Erfahrungstransfer. Wie in Deutschland mangelt es in den Ländern des Westlichen Balkans an qualifiziertem Fachpersonal. Zusätzlich gibt es einen hohen Modernisierungs- und Innovationsbedarf. In der Region erhofft man sich daher von den Teilnehmenden nach ihrer Rückkehr neue Impulse für die ansässigen Unternehmen. Dass dies funktioniert, zeigen die vielfältigen Beispiele von Alumni, die inzwischen für deutsche oder andere internationale Unternehmen in der Region, aber auch für lokale Unternehmen arbeiten.

Regionalexpertise und Muttersprachler

Auch die deutschen Partnerunternehmen profitieren von einer Teilnahme am Programm. Dabei spielt nicht nur die fachliche Qualifikation der Stipendiaten eine Rolle. Firmen mit Kooperationspartnern oder Tochterunternehmen in der Region profitieren in besonderem Maße vom Stipendienprogramm. Die teilnehmenden Praktikanten bringen Regionalexpertise mit und können häufig bereits im Vorfeld einschätzen, inwieweit sich bestimmte Projekte in ihren Herkunftsländern durchführen lassen. Die Kontaktaufnahme zu potenziellen Partnern und Interessenten kann durch Muttersprachler im Betrieb zudem erleichtert werden, und kann den Unternehmen die Erschließung der regionalen Märkte erleichtern.

„Wir freuen uns sehr über die vom Zoran Djindjic Stipendienprogramm gebotenen Möglichkeiten, hoch qualifizierte Nachwuchskräfte aus verschiedenen Fachgebieten während ihres Praktikums in Deutschland kennenzulernen“, heißt es zum Beispiel bei der Deutschen Telekom: „Daher können wir das Programm nur empfehlen und freuen uns, auch in Zukunft unsere enge Zusammenarbeit mit dem OAOEV fortzusetzen.“

Jirco Böttcher
Projektassistent im OAOEV

NRW meets Eastern Europe

Im Rahmen der Startup-Woche Düsseldorf präsentierten Startups aus Mittel- und Osteuropa ihre Produkte und Dienstleistungen und informierten sich über den deutschen Markt. Der OAOEV war Mitorganisator der Veranstaltung.



Vertreter von Startups präsentierten im Rahmen der Startup-Week ihre Projekte.

Wie kommt man mit deutschen Unternehmen ins Geschäft? Worauf sollte man besonders achten, was unbedingt vermeiden? Welche Erfahrungen haben inzwischen erfolgreiche Unternehmer in ihren Anfängen in Deutschland gemacht? Über diese und viele weitere Fragen diskutierten Mitte April 2019 rund 80 Teilnehmer auf Schloss Mickeln im Süden Düsseldorfs.

Die Organisatoren – NRW.International, der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) und die Wirtschaftsförderung Düsseldorf – hatten 22 Startups aus Russland, Bulgarien, Deutschland, Estland, dem Kosovo, Polen, der Türkei und Ungarn eingeladen. Ziel war es, sich kennenzulernen, auszutauschen, vor allem aber gemeinsame Projekte anzustoßen. Die Veranstaltung im Rahmen der Startupwoche Düsseldorf lebte dabei von der Internationalität, interkulturellen Vielfalt und der Kompetenz der Besucher.

Motto: Uncovering the hidden potential

Die meisten osteuropäischen Länder zählen für deutsche Unternehmen und Startups eher zu den unbekannt Märkten. Dabei haben sie viel zu bieten, denkt man alleine an die verhältnismäßig niedrigen Arbeitskosten, die hervorragend ausgebildete junge Bevölkerung und die geografische Nähe zu Deutschland. Versteckte Möglichkeiten zu entdecken, war daher auch das Motto der Veranstaltung.

Die Startups aus Mittel- und Osteuropa hatten ein buntes Portfolio aus den Bereichen Energie, Mobilität, Gesundheit, Datenschutz und Smart Cities im Gepäck, das sie jeweils in zweiminütigen Pitches vorstellten. In einer anschließenden Paneldiskussion gaben bereits etablierte Unternehmer ihre Erfahrungen weiter. Für einen erfolgreichen Start in Deutschland käme es längst nicht nur auf gute Ideen oder innovative Produkte an. Aus-

schlaggebend seien vielmehr auch interkulturelle Kompetenzen, um nachhaltig Fuß zu fassen. Nelly Kostadinova von Lingua-World riet zum Beispiel, sich vorab unbedingt nach den Gepflogenheiten in den Ländern zu erkundigen, die die Startups erobern wollen. Und: Ein Lächeln öffne viele Türen.

In eine ähnliche Richtung ging es beim anschließenden Round Table, wo Valeri Kozaev von Develandoo klarmachte: „Kommt nicht auf den deutschen Markt, wenn ihr nicht vorbereitet seid.“ Parallel dazu fand ein Workshop statt, in dem Interessierte erfahren, wie sie erfolgreich Projektanträge für die EU verfassen. Anschließend wurden bis in die frühen Abendstunden lebhaft Ideen ausgetauscht, diskutiert und erste Kooperationen verabredet.

Alexandra Aulbach

Leitung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
NRW International

Polnisches Wirtschaftswunder

Auf dem 1. Deutsch-Polnischen Wirtschaftsforum in Berlin mit den Ministern Peter Altmaier und Jadwiga Emilewicz wurden Möglichkeiten zur weiteren Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit erkundet – auch um die EU wettbewerbsfähiger zu machen.



Diskussionsrunde mit Wirtschaftsminister Altmaier und seiner polnischen Kollegin Emilewicz

„Die Aufbruchstimmung Polens würde Deutschland guttun.“ Mit diesen Worten fasste Iris Plöger, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, die Eindrücke des 1. Deutsch-Polnischen Wirtschaftsforums treffend zusammen. Rund 250 Teilnehmer waren am 18. März ins Bundeswirtschaftsministerium gekommen und erlebten einen selbstbewussten und ambitionierten Auftritt des EU-Nachbarlandes.

„Ich möchte, dass wir nach dieser Konferenz in Deutschland nicht mehr von der ‚Polnischen Wirtschaft‘ sondern vom ‚Polnischen Wirtschaftswunder‘ sprechen“, lautete eine Forderung der polnischen Ministerin für Unternehmertum und Technologie Jadwiga Emilewicz aus Ihrer Eröffnungssprache. Polen wolle in den kommenden beiden Jahren den bilateralen Handelsaustausch von aktuell rund 120 Milliarden Euro (2018) weiter steigern und vom siebten Platz unter die TOP-5 der deutschen Handelspartner aufsteigen, kündigte die Ministerin an. Russland – inzwischen auf Platz 13 – habe man schon weit hinter sich

gelassen. „Polen ist ein viel wichtigerer strategischer Partner Deutschlands. Das ist unsere gemeinsame Errungenschaft der vergangenen 30 Jahre“, betonte die Ministerin.

Europäische Industriestrategie

Gemeinsam mit ihrem deutschen Kollegen Peter Altmaier forderte Emilewicz die EU dazu auf, eine ehrgeizige Industriestrategie zu entwickeln. „Wir müssen jetzt wieder wettbewerbsfähiger werden, wenn wir wollen, dass weitere Generationen Europa nicht als exklusives Museum betrachten.“ Aktuell gehe es darum, die bestehende Wirtschaftsarchitektur zu verteidigen. Die Achtung internationaler Regeln, die Abschaffung von Wirtschaftsbarrieren, freier Handel - dies sei so wichtig wie Luft zum Atmen. „Die Zusammenarbeit des Westens muss wiedergeboren werden, um unsere Interessen zu wahren“, so Emilewicz.

Altmaier schlug in seiner Rede ähnliche Töne an. Es sei bedauerlich, dass Europa sein Ziel, bis 2020 zur innovativsten Region

der Welt zu werden, voraussichtlich deutlich verfehlt werde. Umso wichtiger sei es jetzt, Tempo zu machen und Schlüsseltechnologien zu stärken, um die technologische Souveränität im weltweiten Wettbewerb zu bewahren. Altmaier verteidigte die von ihm im Frühjahr vorgelegte nationale Industriestrategie und sprach sich einmal mehr für die Gründung eines „Airbus für Künstliche Intelligenz (KI)“ aus.

„Airbus für Künstliche Intelligenz“

Ähnlich wie die EU bei der Entwicklung von Großraumflugzeugen durch Bündelung von Expertise Erfolge erreicht habe, müssten nun gemeinsame Anstrengungen zur Erforschung und Entwicklung von KI gemacht werden. KI sei eine „horizontale Basisinnovation“, die viele Bereiche der Wirtschaft von Morgen prägen werde. Gleiches gelte für die Batteriezellenindustrie. „Wir müssen Konsortien bilden, die unterschiedliche Produktionsschritte abbilden können“, forderte Altmaier. Zur Förderung dieses Ansatzes habe er bis 2021 eine Milliarde Euro in seinem Haushalt reserviert. Gerade auch polnische Unternehmen seien eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Für die polnischen Gäste hielt Altmaier insgesamt viel Lob bereit: Sollte der neue Berliner Flughafen auf Dauer nicht geöffnet werden, wäre zu überlegen, ihn einfach in Polen zu errichten: „Ich bin überzeugt, die Polen können das“, sagte Altmaier.

Mehr als nur verlängerte Werkbank

Dass die polnische Wirtschaft inzwischen viel mehr als nur eine verlängerte Werkbank, sondern selbst innovativ ist, wurde in den nachfolgenden Diskussionsrunden und Workshops deutlich, in denen polnische Unternehmen ihre IT-Expertise, ihre Fertig-

keiten bei E-Mobilität oder zur Erforschung des Weltraums vorstellen konnten.

Dass es höchste Zeit ist, Kräfte in Europa zu bündeln, wurde im Panel zum Thema Batteriezellenfertigung deutlich, die aktuell von asiatischen Unternehmen dominiert wird. „Wir müssen generell schneller werden“, betonte Sven Bauer, CEO des Batterieherstellers BMZ. Während in Deutschland die Produktzyklen bei vier Jahren lägen, käme in Korea beispielsweise alle neun Monate eine neue Handy-Generation auf den Markt. Bauer forderte auch eine andere Fehlerkultur ein. „Man muss Fehler machen dürfen.“ Altmaiers Vorstoß zur Schaffung eines Batteriekonsortiums könne zwar scheitern, „aber er macht was. Das finde ich cool!“

Austausch mit OAOEV-Mitgliedsunternehmen

Die genannten Themen wurden am Nachmittag in einem Unternehmengespräch vertieft, das der OAOEV gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Po-

litik (DGAP) in deren Räumlichkeiten am Tiergarten organisierte. Ministerin Emilewicz wurde dort von Philipp Haußmann, Sprecher des OAOEV-Arbeitskreises Mittelosteuropa und Vorstandssprecher der Ernst Klett AG, sowie von OAOEV-Geschäftsführerin Ute Kochlowski-Kadjaia begrüßt.

Die Ministerin nahm sich eineinhalb Stunden Zeit, um die Fragen von Mitgliedsunternehmen des OAOEV zu beantworten und ihrerseits für Investitionen in Polen zu werben. Noch würden deutsche Unternehmen Polen zu wenig als Standort für Forschung und Entwicklung nutzen, bedauerte Emilewicz. Unternehmen aus Frankreich und den USA seien hier wesentlich investitionsfreudiger. Der erste Schritt, dies zu ändern, wurde mit den bilateralen Treffen und dem 1. Deutsch-polnischen Wirtschaftsforum gemacht. Im kommenden Jahr soll das Forum auf polnischem Boden wiederholt werden

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV

Neues Polen-Update erschienen

Polens wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 30 Jahre gilt als Erfolgsgeschichte. Seit 1991 ist das Bruttoninlandsprodukt (BIP) des Landes um etwa 550 Prozent und allein seit dem EU-Beitritt 2004 um 184 Prozent gestiegen. Polen war 2018 mit einem Handelsvolumen von 118 Milliarden Euro erneut der größte Handelspartner der deutschen Wirtschaft in der vom OAOEV betreuten Region. Im Ranking der Handelspartner Deutschlands findet sich Polen 2018 auf dem siebten Platz. Anlässlich der Wirtschaftskonferenz hat der OAOEV ein aktuelles Länder-Update zu Polen veröffentlicht, das Zahlen, Daten und Fakten zur polnischen Wirtschaft und den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen enthält und auf der OAOEV-Homepage abgerufen werden kann.



Ministerin Emilewicz (2.v.l.) mit OAOEV-Arbeitskreissprecher Haußmann (l.), OAOEV-Geschäftsführerin Kochlowski-Kadjaia und Regionaldirektor Stadnicki.



AK Russland: Diskussion über Cybersicherheit

Ende März fand in Berlin die sechste Sitzung des Arbeitskreises Russland im OAOEV statt. Eines der Schwerpunktthemen des Arbeitskreises war das Thema Cybersecurity.



30 Vertreter von Mitgliedsunternehmen nutzten das Treffen für einen Austausch über die wirtschaftliche Entwicklung in Russland.

OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms moderierte die Sitzung des Arbeitskreises im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Zu den Referenten gehörten der Leiter des Handels- und Wirtschaftsbüros der Russischen Botschaft in Berlin Andrej Sobolew, sowie Vertreter des Bundesaußen- und des Bundeswirtschaftsministeriums.

Sobolew bot den anwesenden 30 OAOEV-Mitgliedsunternehmen eine intensive Zusammenarbeit an. Sein Büro sei „24 Stunden am Tag“ ansprechbar und wolle in Problemlagen schnell und unbürokratisch Unterstützung leisten. Während Sobolew die wirtschaftliche Zusammenarbeit insgesamt auf einem guten Weg sieht und sowohl die pragmatische Haltung der deutschen Wirtschaft, als auch das neue Russland-Positionspapier des OAOEV lobte, fiel die anschließende politische Bewertung der aktuellen Lage kritischer aus.

Angst vor neuen Sanktionen

Der ungelöste Ukraine-Konflikt lastet weiterhin auf den Beziehungen, mit entsprechend negativen Auswirkungen auch auf die Wirtschaft. Mehrere Unternehmensvertreter und Wirtschaftsberater berichteten von der Angst der Unternehmen, gegen bestehende und möglicherweise neu eingeführte US-Russlandsanktionen zu verstoßen. Diese trügen dazu bei, dass eigentlich geplante

Investitionen verzögert oder ganz abgesagt würden und auch bestehende Projekte unter Druck gerieten.

Ein weiteres Schwerpunktthema des Arbeitskreises war das Thema Cybersecurity. Dazu informierte Steven Heckler über das durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) initiierte „Bündnis für Cybersicherheit“. Die Initiative will die bereits bestehenden, über 40 Cybersecurity-Initiativen der deutschen Wirtschaft stärker vernetzen und feste Gesprächsformate zum Austausch zwischen Staat und Wirtschaft etablieren. Russland soll in der Arbeit einen festen Platz erhalten, zumal das Interesse an einer engeren Zusammenarbeit zwischen deutschen und russischen IT-Unternehmen groß ist, dazu aber bestehende Sicherheitsbedenken geklärt werden müssen.

Der Arbeitskreis begrüßte die Initiative und sammelte Vorschläge für die zukünftige Agenda. So wurde zum Beispiel angesichts des bestehenden, immer größeren Mangels an IT-Fachkräften eine Kooperation von deutschen und russischen Unternehmen zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Deutschland angeregt.

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV

Kooperation von OAOEV und Rosatom trägt Früchte

Die im vergangenen Jahr zwischen ROSATOM und dem OAOEV vereinbarte enge Zusammenarbeit trägt Früchte: Auf dem 11. Internationalen Forum Atomexpo International 2019 in Sotschi unterzeichneten Rosatom und das OAOEV-Mitglied Hermith GmbH eine Vereinbarung zur gemeinsamen Herstellung von Titan-Produkten und deren weltweiter Vermarktung. Titan spielt insbesondere in der Luft- und Raumfahrt, aber auch im Automobilbau und zur Ummantelung von Atomkraftwerken eine zentrale Rolle. Unterzeichnet wurde der Vertrag in Anwesenheit von Rosatom-CEO Alexej Lichatschow und des Vorsitzenden der OAOEV-Geschäftsführung Michael Harms.

Dieser hatte zuvor die offizielle Plenarsitzung der Atomexpo 2019 moderiert. Harms zeigte sich begeistert über die hervorragende Organisation und die große Internationalität der Konferenz, die alle zwei Jahre stattfindet. „Allein 2019 gehen weltweit Nuklearstrom-Kapazitäten in Höhe von 15 Gigawatt neu oder wieder ans Netz, die Branche erlebt eine starke Renaissance, wie auch der Weltklimarat IPCC festgestellt hat. Rosatom hat stark in Sicherheitstechnik investiert und ist an rund 70 Prozent der Neubauprojekte beteiligt“, so Harms. Allein Saudi-Arabien plane in den nächsten Jahren den Aufbau neuer Kapazitäten in Höhe von 16 Gigawatt. In der Zusammenarbeit zwischen OAOEV, der deutschen Wirtschaft und Rosatom liegt der Schwerpunkt auf den Themen nukleare Sicherheit, Nuklearmedizin, Forschung und Wissenschaft sowie erneuerbaren Energien wie Wasserstoff.

AM

Anke Zimdars seit 20 Jahren beim Ost-Ausschuss – Osteuropaverein



Anfang April feierte Anke Zimdars ihr 20-jähriges Jubiläum im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) und gehört damit zu den dienstältesten Mitarbeitern des Verbands. Die Referentin für Veranstaltungsmanagement begann ihre Tätigkeit am 1. April 1999 beim damaligen Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft. Das Büro wurde vom Ost-Ausschuss nach der Wiedervereinigung eingerichtet, um ostdeutsche Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre traditionellen Ost-Märkte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Übergang zur Marktwirtschaft nicht zu verlieren und noch bestehende Kontakte und Beziehungen zu stabilisieren.

Als ausgebildete Diplom-Sprachmittlerin für Rumänisch war die gebürtige Mecklenburgerin zunächst im Sekretariat des Kooperationsbüros tätig. „Das Büro hatte sich seit seiner Gründung rasch zu einem Anlaufpunkt für Unternehmen aus der gesamten Bundesrepublik entwickelt, die Interesse an Wirtschaftskontakten Richtung Osteuropa hatten“, erinnert sich Zimdars an ihre Anfangszeit: „Dementsprechend stieg die Nachfrage nach Informationsveranstaltungen und Wirtschaftskonferenzen stetig an.“ Schon im Sommer 2000 wurde Zimdars als Projektreferentin zuständig für das Gemeinschaftsprojekt mit der Messe Berlin, in dessen Rahmen Veranstaltungen sowie ein

Meeting Point für osteuropäische Fachbesucher auf internationalen Fachmessen wie der Fruit Logistica, der bautec, der Grünen Woche und der InnoTrans organisiert wurden. Dazu kam die Organisation von Veranstaltungen außerhalb des Messeprojekts, darunter Konferenzen, Wirtschaftstage, Galadinner sowie Unternehmengespräche mit osteuropäischen Ministerpräsidenten und Fachministern.

Von der Einzelkämpferin zum Team

Nach der Auflösung des Kooperationsbüros 2003 begann Zimdars mit dem Aufbau eines eigenen Veranstaltungsmanagements im damaligen Ost-Ausschuss. Im Laufe der Jahre und mit der zunehmenden Zahl von Veranstaltungen wurde sie von einer Einzelkämpferin zum Mitglied eines dreiköpfigen Teams, das im Jahr rund 50 Veranstaltungen organisatorisch begleitet. Das Aufgabenspektrum reicht dabei von der Wahl der Location, über die Raum- und Organisationsplanung, die Beschaffung der Technik,

die Auswahl des Caterings und der Dolmetscher bis hin zur Überwachung eines reibungslosen Ablaufs während der Veranstaltungen selbst. Ihre größte Herausforderung war dabei eine Vortragsveranstaltung mit dem damaligen russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew im Juni 2008, die innerhalb einer Woche organisiert werden musste und mehr als 1.000 Teilnehmer zählte, erinnert sich Zimdars.

„Das Eventmanagement ist internes Bindeglied zwischen den fünf Regionaldirektionen und den Arbeitskreisen und extern die Verbindung zu den Gästen und Teilnehmern, Partnern und Serviceunternehmen“, sagt Anke Zimdars: „Auch nach 20 Jahren wird die Organisation von Veranstaltungen nie langweilig, da jedes Event einzigartig ist.“

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV



Anke Zimdars im Einsatz auf dem OAOEV-Jahresempfang 2018

Produktivität und Bodenmarkt: Die Ukraine im Superwahljahr 2019

Im Superwahljahr 2019 werden Branchenvertreter die agrarpolitischen Weichenstellungen des neuen Präsidenten und der künftigen Regierung aufmerksam verfolgen. Dabei steht insbesondere die Zukunft des Moratoriums auf den Landhandel im Blickpunkt.

Mit der Wahl von Wolodymyr Selenskyj zum neuen Präsidenten der Ukraine am 21. April 2019 ist der erste Teil des Superwahljahres in der Ukraine abgeschlossen – die Parlamentswahlen im Sommer werden den diesjährigen Wahlmarathon im zweitgrößten Flächenstaat Europas beschließen. Gerade die Agrarwirtschaft und ihre Zulieferer verfolgen die Entwicklung in der Ukraine mit besonderem Augenmerk, denn der Agrarsektor trägt rund elf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei.

Die Ukraine verfügt über 41 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, in weiten Teilen davon finden sich die äußerst fruchtbaren Schwarzerde-Böden (Tschernosem), die für den Weizenanbau genutzt werden können. Die sandigeren Böden, etwa im Norden des Landes, liefern ebenfalls hohe Erträge, etwa bei der Nutzung für den Kartoffel- und Zuckerrübenanbau. Die Produktionszahlen sprechen für sich: 2018 wurden im Land 70 Millionen Tonnen Getreide geerntet, gut 47 Millionen Tonnen davon dürften in den Export gehen.

Experten sind sich einig: Es gibt nur wenige Länder, die so gute Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft bieten wie die Ukraine. Und doch gibt es Luft nach oben: Gemessen an seinem Potenzial bleibt das Land unter seinen Möglichkeiten und produziert absolut gesehen - etwa mit einer Weizenernte von rund 26 Millionen Tonnen im Jahr -

nicht wesentlich mehr als Deutschland (24,5 Millionen Tonnen). Know-how und moderne Technologien können hier zu mehr Produktivität und höherer Effizienz in der agrarwirtschaftlichen Produktion beitragen.

Handel mit Land nicht erlaubt

Das Problem: Für die Finanzierung solcher Investitionen können kaum Ländereien beliehen werden, denn der ukrainische Bodenmarkt ist seit Jahrzehnten Kaufinteressenten verschlossen, ein Handel mit Flächen praktisch nicht vorhanden. Das geltende Moratorium für den Handel mit Land ist seit 2001 in Kraft und wird seitdem Jahr für Jahr verlängert. Bislang gilt dieses Thema in der ukrainischen Politik als zu heiß, als dass am Status quo samt Moratorium gerüttelt würde. Nicht umsonst war der geringe Fortschritt in dieser Frage Anlass für den Rücktritt von Agrarminister Taras Kutovij im Mai 2017. Immerhin unternahm Ende 2018 einige Parlamentarier einen frischen Anlauf, das Verbot abzuschaffen – ohne Erfolg.

Als Ersatz für den Handel mit Flächen hat sich der Handel mit Pachtrechten etabliert, der Produktion auf landwirtschaftlichen Flächen ohne Besitzerwechsel, aber mit neuen Nutzern möglich macht. Auch Vertreter internationaler Finanzinstitutionen räumen ein, dass dieser Ersatz eines Bodenmarkts ein recht funktionales Vehikel im Agrarbereich darstellt.

Zäsur für das Land

In jedem Fall werden die agrarpolitischen Weichenstellungen unter Präsident Selenskyj und der künftigen Regierung besonderer Beobachtung unterliegen: Eine Liberalisierung des Bodenmarkts wäre eine Zäsur für das Land und würde einen deutlichen Liquiditätsschub für den ukrainischen Agrarsektor bedeuten. Dies wurde auch auf einer Podiumsdiskussion zu agrarpolitischen Szenarien nach den ukrainischen Wahlen im Rahmen der AgroAnimal Show 2019 in Kiew unterstrichen.

Bis dahin wollen viele Marktteilnehmer ihr Pulver trockenhalten: Im Bereich Landtechnik mussten Branchenvertreter einen spürbaren Rückgang bei Investitionen seitens ihrer Kunden feststellen – bei unverändertem Ausblick für die kommenden Monate. Sollte das Moratorium aufgehoben werden, will jeder für den Landkauf finanziell möglichst gut gepolstert sein. Ausgaben für neue Technik stehen vor diesem Hintergrund hinten an.

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführer German Agribusiness Alliance/
Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft im OAOEV



Die German Agribusiness Alliance (GAA) ist eine Initiative führender Verbände und Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sie dient als Plattform für den Austausch und die Bündelung wirtschaftlicher Interessen bei der Zusammenarbeit mit Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern (Partnerländer) im Agrar- und Ernährungssektor. Bekannt wurde sie vor allem unter ihrer langjährigen deutschsprachigen Bezeichnung „Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft“. Ziel der GAA ist es, die nachhaltige Entwicklung des Agrar- und Ernährungssektors in den Partnerländern im Sinne einer Modernisierungspartnerschaft zu unterstützen. Partnerländer in Osteuropa und Zentralasien sind insbesondere Russland, Ukraine und Kasachstan.

www.german-agribusiness-alliance.de

OAOEV in Kürze



Vize-Energieministerin Bojko (Mitte) und Ukrenergo-Chef Kovaltschuk (2.v.li) informierten über die Strommarktreformen.

Infoveranstaltung zum ukrainischen Stromsektor

Die Reformen im ukrainischen Elektrizitätssektor waren Mitte April Thema einer Informationsveranstaltung des ukrainischen Stromkonzerns Ukrenergo, die in Kooperation mit der ukrainischen Botschaft und dem OAOEV im Berliner Restaurant Habel stattfand. Nach der Begrüßung und Einführung durch die stellvertretende ukrainische Energieministerin Natalija Bojko gab Ukrenergo-Chef Vsevolod Kovaltschuk einen Überblick über den Strommarkt, der im Zuge der Reformen seit Juni 2017 an europäische Normen wie das Dritte Energiepaket der EU herangeführt wird. Dabei soll das ukrainische mittelfristig mit dem europäischen Netz verbunden werden. Ukrenergo plant zudem milliardenschwere Investitionen zur Modernisierung und Digitalisierung der Strominfrastruktur und setzt dabei auf deutsche Unterstützung und Zulieferungen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll die Dominanz von Kohle und Kernkraft reduzieren.

Rechtskonferenz Russland in Stuttgart

Bereits zum 15. Mal fand im März in Stuttgart die Rechtskonferenz Russland des

OAOEV in Kooperation mit der LBBW und der IHK Stuttgart statt. Die Konferenz bot Unternehmen die Möglichkeit, sich intensiv über Neuerungen im russischen Recht sowie neue Anforderungen in den Bereichen IT, Lokalisierung, Mehrwertsteuer, spezieller Investitionsvertrag, Datenschutz und US-Sanktionen zu informieren. In diesem Jahr müssen sich die Unternehmen auf eine Reihe neuer Anforderungen einstellen, darunter Recyclinggebühren für Elektrofahrzeuge und veränderte Anforderungen an die Wertschöpfung und im Automobilssektor.

Regionales Alumni-Seminar in Kroatien

Mitte April fand das regionale Alumni-Seminar des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans in Trakoscan in Kroatien statt. 100 Alumni aus 15 Generationen hatten die Möglichkeit, an fünf Workshops teilzunehmen und mehr über digitales Marketing, Kryptowährungen und Soziale Medien zu lernen, aber auch an ihren Softskills, Debattier- und Präsentationstechniken zu arbeiten. Darüber hinaus konnten sie die kroatische Region Zagorje kennenlernen und ihre Orientie-

rungsfähigkeiten in Teambuilding-Maßnahmen rund um das Schloss Trakoscan testen.

Kooperation mit kirgisischer Investitionsagentur

Aus Anlass des Besuchs des kirgisischen Staatspräsidenten Sooronbai Dscheenbekov in Deutschland unterzeichneten Shumkarbek Adilbek Uulu, Direktor der Investment Promotion and Protection Agency der Republik Kirgisistan, und OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms Mitte April in Berlin ein Memorandum of Understanding (MoU). Beide Seiten wollen die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen stärken und das Engagement der deutschen Unternehmen in der zentralasiatischen Republik fördern.

Neues Ukraine-Update erschienen

Anlässlich der Präsidentschaftswahl hat der OAOEV im März eine aktuelle Version des Länder-Updates Ukraine veröffentlicht. Es enthält Daten und Fakten zur ukrainischen Wirtschaft und den deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen. Die bilateralen Handelsbeziehungen stabilisierten sich im Jahr 2018 weiter. Der Import ukrainischer Waren in Deutschland stieg um 17,4 Prozent auf gut 2,6 Milliarden Euro, während die deutschen Exporte in die Ukraine um 3,3 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro zulegten. Das Update ist auf der Homepage des OAOEV abrufbar. Derzeit sind solche Updates für acht OAOEV-Länder verfügbar.



„Unser Betrieb ist ohne Osteuropa und Zentralasien unvorstellbar“

Die Kölner ATLAS international GmbH unterstützt vor allem staatliche Organisationen in Osteuropa und Zentralasien bei Dienstleistungen rund um den Autoverkehr. Im Interview berichtet Direktor Yury Zhilin über die Aktivitäten des Unternehmens in der Region.



Yury Zhilin
Direktor
ATLAS international GmbH

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

Die ATLAS international GmbH ist spezialisiert auf die Entwicklung und Umsetzung von Projekten und bietet staatlichen Organisationen ganzheitliche Lösungen im Bereich Verkehrssicherheit und Fahrzeugregistrierung. Unser Geschäftsfeld lässt sich in vier Richtungen unterteilen: Produktion und Vertrieb von Kfz-Kennzeichen und Sicherheitsdokumenten wie Führer- und Fahrzeugscheinen, technische Fahrzeugprüfung sowie automatisierte Verkehrsüberwachung. In allen Geschäftsbereichen bieten wir unseren Kunden die ganzheitliche Begleitung von der Konzeption bis zur operativen Arbeit und arbeiten mit den weltweit führenden deutschen Herstellern zusammen.

Welche Bedeutung hat Osteuropa für Ihr Unternehmen?

Unsere Firma ist exportorientiert. 100 Prozent unseres Umsatzes werden auf ausländischen Märkten getätigt. Ohne Kunden kann kein Unternehmen existieren, und so ist un-

ser Betrieb ohne Osteuropa und Zentralasien unvorstellbar. Der größte Teil unserer Mitarbeiter arbeitet in Osteuropa und Zentralasien, und viele Mitarbeiter in Deutschland kommen aus dieser Region. Wir sind also mit diesen Ländern nicht nur ökonomisch sehr eng verbunden, sondern sprechen die Sprachen unserer Kunden.

Welche Projekte haben Sie aktuell in Osteuropa?

Unsere geografische Präsenz ist groß: Sie reicht von der Balkanhalbinsel bis zur Mongolei. Wir haben zehn Jahre lang Führer- und Fahrzeugscheine nach Kirgisistan und Armenien geliefert. Das Design für diese Dokumente wurde ebenfalls von unserer Firma entwickelt. Wir haben eine Fabrik zur Kennzeichenherstellung in Russland und beliefern den russischen Markt von Kali-

ningrad bis zum Baikalsee. Seit zehn Jahren liefern wir Materialien zur Kennzeichenherstellung nach Usbekistan. Außerdem haben wir sechs staatliche Kfz-Prüfstellen in Turkmenistan schlüsselfertig eingerichtet. Die EU-Erweiterung sowie die Erweiterung des Kreises der EU-Beitrittskandidaten erfordern die Harmonisierung von Prozessen in diesen Staaten, unter anderem die Änderung des Designs von Dokumenten und Kfz-Kennzeichen sowie die Einführung re-

gelmäßiger Fahrzeugprüfungen. Wir verfügen über eine einzigartige Kompetenz in diesem Bereich, sodass wir zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Was sind die Besonderheiten auf den osteuropäischen Märkten?

Geschäfte werden zwischen Menschen gemacht. Die Vielfalt der Kulturen in der Region bildet eine Herausforderung, mit der wir umgehen müssen. Unterschiedliche Rechtsgrundlagen, Währungsregulierungen oder staatliche Beschaffungen sind auch erschwerende Faktoren. Aber alle arbeiten grundsätzlich unter gleichen Bedingungen. Daher gehen wir tatkräftig in die Länder der Region und arbeiten gerne vor Ort. Fahrzeugregistrierung, Führerscheinausstellung, regelmäßige technische Fahrzeugprüfungen – hier begegnet der Mensch dem Staat. Wir sind froh, dass wir in den Ländern, in denen wir tätig sind, Prozesse verbessern können und dadurch dem Staat helfen, einen erstklassigen Service für die Bevölkerung anzubieten.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein?

Wir erwarten eine Erweiterung der Geschäftskontakte sowie die Unterstützung der Interessen deutscher Exporteure und Investoren in den Ländern der Region. Unsererseits sind wir bereit unsere Erfahrungen mit Kollegen im Verein zu teilen. Wir laden alle zur Zusammenarbeit ein.

Die Fragen stellte
Christian Himmighoffen

Termine/Kooperationen

12. JUNI 2019, BERLIN Jahresempfang des Ost- Ausschuss – Osteuropaverains

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverains der Deutschen Wirtschaft e.V. lädt zu seinem Jahresempfang mit Vertretern der Mitgliedsunternehmen, den Botschaftern der Partnerländer sowie Gästen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft. Gastredner ist Zoran Zaev, der Ministerpräsident der Republik Nordmazedonien. Die Teilnahme ist nur auf Einladung möglich.

Andreas Metz
Ost-Ausschuss - Osteuropaverain
Tel.: +49 30 206167-120
A.Metz@bdi.eu

12. JUNI 2019, BERLIN Finanzkonferenz „Ukraine – der Bankenmarkt im Umbruch: Aussichten und Perspektiven“

Das Deutsch-Ukrainische Forum e.V. lädt am 12. Juni zu seiner Finanzkonferenz zur Ukraine ein. Zielgruppe sind mittelständische Unternehmen, die in der Ukraine aktiv sind und nach Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Liefergeschäfte suchen. Dabei wird es auch um die Frage gehen, welche Prioritäten der neue Präsident in der Wirtschaftspolitik setzen wird.

Anmeldung unter www.d-u-forum.de/einladung-finanzkonferenz-2019/

Deutsch-Ukrainisches Forum e.V.
office@d-u-forum.de

13. JUNI 2019, BERLIN Sitzung des Länderarbeitskreises Ukraine

Im Rahmen der nächsten Sitzung des Länderarbeitskreises Ukraine im OAOEV gibt Andreas Prothmann, Leiter des Arbeitsstabs Ukraine im Auswärtigen Amt, eine Einschätzung zur Lage in der Ukraine nach den Präsidentschaftswahlen und im Vorfeld der Parlamentswahlen im Herbst. Weitere Experten werden über den Stand der Wirtschaftsreformen in der Ukraine berichten. Die Teilnahme ist nur auf Einladung möglich!

Ost-Ausschuss - Osteuropaverain
Stefan Kägebein
Tel.: +49 30 206167-113
S.Kaegel@bdi.eu

26. JUNI 2019, BERLIN Empfang des 16. Jahrgangs des Zoran Djindjic Stipendienpro- gramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans

Der aktuelle Jahrgang des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft wird am 26. Juni feierlich in Berlin begrüßt. Interessenten aus Politik und Wirtschaft haben hierbei die Gelegenheit, im offiziellen Rahmen mit hochqualifizierten Nachwuchskräften aus unterschiedlichen Fachbereichen zusammenzukommen und Kontakte zu knüpfen.

Ost-Ausschuss - Osteuropaverain
Antje Müller
Tel.: +49 30 206167-137
A.Mueller3@bdi.eu

27. JUNI 2019, MÜNCHEN Richtiger Umgang mit Russland-Sanktionen

Bei diesem Business Breakfast, das PwC in Kooperation mit dem OAOEV organisiert, informieren Experten in verschiedenen Workshops darüber, wie ein unternehmensinternes Compliance System zum Umgang mit Russland-Sanktionen und Verträge mit russischen Geschäftspartnern aussehen sollten, um Sanktionsrisiken zu minimieren.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverain
Andreas Metz
Tel. +49 30 206167120
A.Metz@bdi.eu

10. - 11. JULI 2019, BATUMI Eastern Partnership Investment Forum

Das erste Eastern Partnership Investment Forum, das dem 10. Jahrestag des Bestehens des Östlichen-Partnerschaft-Programms der EU gewidmet ist, wird von der Regierung Georgiens gemeinsam mit der Europäischen Kommission organisiert. Der Schwerpunkt

liegt auf der Förderung von Investitionsprojekten in den Schlüsselsektoren Infrastruktur, Energie und Landwirtschaft.

Anmeldung bis 17. Juni unter www.eap-events.eu/ehome/eap-investmentforum.eu

Center for European Governance
and Economy
Mariam Dakhundaridze
Tel.: +995 599552656
mdakhundaridze@egecenter.org

28. AUGUST 2019, HAMBURG Liquidität in Fremdwährung effektiv managen

Ein effizientes und effektives Fremdwährungsmanagement spielt eine entscheidende Rolle, um in den hochregulierten Märkten in Mittel- und Osteuropa erfolgreich zu sein. Die Informationsveranstaltung gibt einen aktuellen volkswirtschaftlichen Einblick in die Region und erklärt, wie Unternehmen mit den Fremdwährungsrisiken effizient umgehen können.

Anmeldung bis zum 21.08.2019 unter <https://www.oaoev-event.de>
Log-In-Code HH2808

Ost-Ausschuss – Osteuropaverain
Katrin Morosow
Tel.: +49 40 325257 49
K.Morosow@bdi.eu

19. - 20. SEPTEMBER 2019, ATHEN AHK-Europakonferenz

Am Geburtsort der Demokratie werden bei der diesjährigen AHK-Europakonferenz nur wenige Wochen nach der Europawahl zentrale geostrategische, finanz- und wirtschaftspolitische Aspekte im Sinne einer „Vision Europas“ diskutiert. Zur Konferenz werden bis zu 150 Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erwartet.

Anmeldung unter <https://www.europakonferenz.ahk.de/index.php?id=569>

Deutsch- Griechische Industrie und
Handelskammer
ahkathen@ahk.com.gr

Impressum

Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Breite Straße 29, D-10178 Berlin
Telefon: +49 30 206167-116
Fax: +49 30 2028-2452
Vorsitzender der Geschäftsführung:
Michael Harms

Redaktion:

Andreas Metz (ViSDP),
Christian Himmighoffen
Telefon: +49 30 206167-122
Fax: +49 30 2028-2577
C.Himmighoffen@bdi.eu
Redaktionelle Mitarbeit:
Monique Stender, Iryna Hennig

Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
info@owc.de, www.owc.de
Geschäftsführender Gesellschafter:
Ulf Schneider

Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: + 49 30 615089-0
Fax: + 49 30 615089-29
anzeigen@owc.de

Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur
gemeinsam mit der Monatszeitschrift
OstContact bezogen werden. Der Preis für
das Jahresabonnement beträgt für beide
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.
7 % MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT
65341 Eltville
Telefon: +49 6123 9238-257
Fax: +49 6123 9238-244
leserservice-owc@vuservice.de

Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 170362 B

Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,
Detmold

Erscheinungstermin:

Juni 2019

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit
der weitergegebenen Informationen.

Herkunft



Von Sasa Stanisić

Sasa Stanisić bietet dem Leser einen wundervollen autobiografischen Streifzug und beschreibt seine Erinnerungen an eine bosnische Kindheit sowie sein späteres Leben in Heidelberg und Ham-

burg auf so präzise, poetische politische und persönliche Art und Weise, dass man unbedingt mehr lesen möchte und muss. Wenn der Erzähler seine Großmutter besucht und in Erinnerungen wühlt, hat man das Gefühl, ebenfalls einen der traditionellen Kaffees angeboten zu bekommen. Einfühlsam und mit einer gesunden Prise Humor verwebt der Autor Gegenwart und Vergangenes, so dass Anekdoten von Familienfesten genauso bedeutsam wie die politischen Umwälzungen Europas werden. Ein fantastisches Buch gegen das Vergessen jeglicher Art. Ein echtes Leseerlebnis, das zum Nachdenken anregt, die eigene Sichtweise hinterfragt und dennoch sehr viel Vergnügen bereitet. (Am)

368 S. | 22,00 Euro

**Luchterhand Literaturverlag
2019**

Der Duft des Regens auf dem Balkan



Von Gordana Kuic

Kuics Erstlingswerk beschreibt die Geschichte der sephardisch-jüdischen Familie Salom in Sarajevo von Beginn des Ersten Weltkriegs bis Ende 1945. Insbesondere die Protagonistinnen sprengen hier die Ket-

ten alter kultureller und religiöser Traditionen, eingebettet in eine Zeit der weltpolitischen Umbrüche. Die spannende, bereits 2005 erstmals auf Deutsch erschienene Erzählung der Autorin vermittelt ein interessantes Bild einer verlorengegangenen Welt im ehemaligen bunten Sarajevo und vermittelt ganz nebenbei eine leise Ahnung davon, dass die Grundlage des Zerfalls Jugoslawiens nicht erst in den 1980er Jahren gelegt wurde. (Am)

440 S. | 24,90 Euro
Hollitzer Verlag 2015

Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region



Von Marie-Janine Calic

Wer sich einen Überblick über die Region Südosteuropa und deren geistige, politische und wirtschaftliche Vernetzungen in den letzten Jahr-

hunderten verschaffen will, hat mit dem in zweiter Auflage 2018 erschienen Werk von Marie-Janine Calic genau das richtige Buch zur Hand. Calic ist Professorin für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München. In ihrem Werk richtet Calic den Blick auf die Gesamtgeschichte

der Region und versucht, Vorurteile über den Balkan zu dekonstruieren. Detailreich schlägt sie den Bogen von der Antike bis zur Gegenwart und öffnet dabei einen ganz neuen Blick auf die Region, auf Forscher, Revolutionäre und andere Persönlichkeiten, die so gleichsam dem Vergessen entrissen werden. Von der Christianisierung durch die Slawenapostel über die osmanischen Eroberungen bis hin zur Nationalstaatenbildung im 20. und 21. Jahrhundert beschreibt Calic das Werden einer Region, die vielfältiger nicht sein könnte, und bettet diese in die globalgeschichtliche Entwicklung ein. (Qu)

704 S. | 38,00 Euro
Verlag C.H. Beck
2. Aufl. 2019

Den globalen Handel im Blick Seit mehr als 60 Jahren OWC – Der Fachverlag für Außenwirtschaft

Hier geht es zu
den Magazinen



Der
wöchentliche
Newsletter
für Ihr
Russland-
Geschäft
Jetzt
kostenlos
abonnieren
unter
www.owc.de

Russland
aktuell

Der
wöchentliche
Newsletter
für Ihr
Zentralasien-
Geschäft
Jetzt
kostenlos
abonnieren
unter
www.owc.de

Zentralasien
aktuell